

# DEUTSCHE POLIZEI



Februar 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## **Tarifarbeit in der GdP**

### IN DIESER AUSGABE:

#### GESCHICHTE:

Vor 80 Jahren: Mit Terror und Diktatur zur Macht

#### INTERVIEW:

Ein Jahr IMK-Vorsitzender – Lorenz Caffier zieht Bilanz

#### WAFFENREGISTER:

Nationales Waffenregister: Gut gemeint ist noch nicht gut genug

#### SCHÖNEBERGER FORUM:

Im Zweifel für den Bürger: Beteiligung an öffentlichen Aufgaben

#### VERKEHRSRECHT:

Änderungen in Fahrerlaubnis-Verordnung

#### SENIORENJOURNAL

**Techno Two** Eine Hochwertige Kombination aus Nylon und glattem Kunstleder – auf der Vorderseite mit edler GdP-Prägung. Moderne weiche Oberfläche, anspruchsvoll, dauerhaft und pflegeleicht für Business und Freizeit.



## Schreibmappe

Schreibmappe mit Außenlasche, Klarsichtfach, 1 Steck- und 5 Kartenfächer, Stiftschlaufe innen.

Material: Polyester mix.  
DIN A4 Format, ca. 25 x 33 cm.  
(ohne Inhalt)

**17-0903 9,95 €**

## Aktenmappe

Aktenmappe mit versenkbaren Griffen, 2 Steckfächer außen. Ringmechanik ø 25mm, 4 Steck- und 5 Kartenfächer, Faltenfach mit zusätzlichen Reißverschlussfach, Stiftschlaufe innen.

Material: Polyester mix.  
DIN A4 Format,  
ca. 37 x 29 x 6 cm. (ohne Inhalt)

**17-0904 21,95 €**



## Zusätzliche Klemmleiste

Ergänzung zu Art.: 17-0902, 17-0903, 17-0904

**17-0905 3,60 €**

## College-Mappe

Ringmechanik ø 25 mm, 4 Kartenfächer, Einsteckfach, 4 Stiftköcher, Rundumreißverschluss.

Material: Polyester mix.  
DIN A4 Format, ca. 24,5 x 34 cm. (ohne Inhalt)

**17-0902 12,95 €**





Vor 80 Jahren, am Abend des 30. Januar 1933, zog ein Fackelzug durch das Brandenburger Tor in Berlin. Die Anhänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei feierten jubelnd die Ernennung ihres Führers Adolf Hitler zum Reichskanzler. Noch ahnten nur wenige, welche tiefgreifende und verhängnisvolle Veränderungen bevorstanden.  
**Seite 12**

**INTERVIEW**



Selten ging ein ereignisreicherer Innenministerkonferenz-Jahr zu Ende, als das unter Vorsitz des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, der 2013 turnusgemäß den Staffelstab an seinen niedersächsischen Amtskollegen Uwe Schünemann übergab.  
**Seite 14**

**WAFFENREGISTER**



Die Begeisterung auf Ministerebene zum Start des Nationalen Waffenregisters können die Sachbearbeiter bei den örtlichen Waffenbehörden nicht teilen. Sie befürchten das totale Chaos. Grund: eine Überregulierung, die selbst ausgewiesene Waffenfachleute ratlos lässt. Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht.  
**Seite 21**

<b>KOMMENTAR</b> Die Schere schließen	<b>2</b>
<b>FORUM</b>	<b>2/3</b>
<b>GEWERKSCHAFTSBEIRAT</b> GdP-Spitze in neuer Zusammensetzung	<b>3</b>
<b>TITEL/TARIFPOLITIK</b> Tarifarbeit in der GdP	<b>4</b>
<b>INTERVIEW</b> „Unter dem Strich haben wir immer eine Lösung gefunden“	<b>14</b>
<b>BUNDESFACHAUSSCHUSS KRIPO</b> Intensiver Meinungsaustausch zu aktuellen Kriminalthemen	<b>20</b>
<b>WAFFENREGISTER</b> Nationales Waffenregister: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht	<b>21</b>
<b>LOBBYISMUS</b> Im Spannungsfeld zwischen Beratung und Bestechung	<b>22</b>
<b>SCHÖNEBERGER FORUM</b> Im Zweifel für den Bürger: Beteiligung an öffentlichen Aufgaben	<b>25</b>
<b>GEWALT GEGEN POLIZEI</b> „Der Song trifft ins Herz“	<b>28</b>
<b>10 JAHRE POLIZEI-POETEN</b> Geschichten aus der Polizei erringen literarischen Ruhm	<b>31</b>
<b>SCHULUNG UND BILDUNG</b> Zu Vertrauensleute-Arbeit motivieren GdP-Literaturdatenbank zur Mitgliederwerbung nutzen	<b>33</b>
<b>VERKEHRSRECHT</b> Änderungen in Fahrerlaubnis-Verordnung	<b>35</b>
<b>SAMMLERBÖRSE</b> Internationale Sammler- und Tauschbörse für Uniformteile der Polizei und Feuerwehr	<b>37</b>
<b>POLIZEI UND SPORT</b> 19. Internationale offene Polizei-Skimeisterschaften	<b>37</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>38</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



## Die Schere schließen

Diese Ausgabe behandelt die Tarifarbeit, die die GdP gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Gewerkschaftsbund leistet. Es ist eine ausführliche Betrachtung, um deutlich zu machen, dass Gewerkschaften heute viele Kräfte bündeln und viele Wege gehen müssen, um den öffentlichen Arbeitgebern ein Lohnplus und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten

in den Ländern abzutrotzen. Den wohl härtesten Schlag hat die Föderalismusreform der Kampfkraft der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes versetzt. Seit fast zehn Jahren verhandeln Bund, Länder und Kommunen nicht mehr gemeinsam. In offiziellen Reden ist immer noch von dem öffentlichen

Dienst und der Polizei die Rede, die dem Bürger in gleicher Qualität von Flensburg bis Berchtesgaden zur Verfügung stehen soll.

Ein öffentlicher Dienst und eine Polizei, die in den Ländern je nach Kassenlage bezahlt werden, kann es aber nicht geben. Der Abstand zwischen den Ländern auf der einen Seite und Bund sowie Kommunen auf der anderen, klafft in der Bezahlung ihrer Tarifbeschäftigten schon jetzt um rund 2,3 Prozent auseinander. Ab August 2013 kommen noch mal 1,4 Prozent hinzu. Betroffen sind die Beschäftigten in Universitäten, beim Küstenschutz, der Landesverwaltungen, der Straßenmeistereien, der Unikliniken und natürlich der Polizei. Einen inhaltlichen Grund für die schlechtere Bezahlung der Länderbeschäftigten gibt es nicht. Und da die Tarifergebnisse natürlich auch auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden sollen, wird dieser Flickenteppich immer größer. Wie soll eine gleich gute Polizeiarbeit von Flensburg bis Berchtesgaden

geleistet werden, wenn der Polizist in einem „armen Land“ bis zu 400 Euro weniger für seine Arbeit bekommt als sein Kollege in einem „reichen“ Land? Und vor allem: Wo bewirbt sich wohl ein junger Mensch mit erstklassigen Leistungen eher? Und wenn ein „armes“ Land seine Polizisten schon schlechter bezahlt – wie wird erst ihre Ausbildung, Ausstattung und Technik in Zukunft aussehen?

Aber was heißt schon arm? Die gute Konjunktorentwicklung der letzten Jahre sorgt für eine deutlich positive Einnahmeentwicklung bei den öffentlichen Haushalten. Für den Zeitraum 2012 bis 2014 wird für die Länder ein Steuerplus von 12,2 Prozent erwartet. Und sogar Bundesfinanzminister Schäuble hält Lohnerhöhungen für angemessen. „Es ist in Ordnung, wenn bei uns die Löhne aktuell stärker steigen als in allen anderen EU-Ländern“, hatte der CDU-Politiker im vergangenen Jahr im Magazin „Focus“ verkündet. Deutschland habe seine Hausaufgaben gemacht und könne sich höhere Tarifabschlüsse besser leisten als andere Staaten, meinte Schäuble und fügte hinzu: „Wir haben viele Jahre der Reformen hinter uns“.

Die Zersplitterung im Tarifgefüge und in der Beamtenbesoldung muss ein Ende haben, die Einkommensschere geschlossen werden. Zu den prominentesten Befürwortern dieser Forderung zählt Bundesinnenminister Friedrich. Er sprach sich dafür aus, Bund, Länder und Kommunen ab 2014 wieder an einen Verhandlungstisch zu bringen. Im Sinne der Marke „öffentlicher Dienst“ und eines einheitlichen Erscheinungsbildes hoffe er, dass sich der Verbund wiederfinde, den die Länder 2004 wegen Differenzen im Arbeitgebervertrag verlassen hatten. Ein schöner Appell. Doch die Föderalismusreform von 2006 wieder zurückzudrehen, die das Auseinanderdriften der Bezüge der Beamten beantwortet? Da verließen sie ihn.

  
Bernhard Witthaut  
GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, DP 12/12

Zum wiederholten Male hat sich die GdP mit dem großen Thema in der Form eines Leitartikels in der DP befasst. Das ist sehr löblich, zumal ich in meiner Rolle als Multiplikator und Verantwortlicher für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Polizei Bremen bereits auf mehreren überregionalen GdP-Veranstaltungen eine große Nachfrage und den dringenden Bedarf an Beteiligung und Engagement in dieser Thematik festgestellt habe.

Viele möchten etwas auf den Weg bringen, wissen aber nicht genau, wie es am besten zu bewerkstelligen ist und welche grundlegenden Anforderungen erfüllt sein sollten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den unterschiedlichen Polizeistrukturen mit Leben füllen zu können.

Allerdings kann man in Vortragsform viele Dinge zwar vermitteln, aus zeitlichen Gründen aber inhaltlich nicht allzu sehr in die Tiefe gehen, da auf den Veranstaltungen auch andere Themen vorgestellt werden sollen.

Ich meine, dass es absolut Sinn machen würde, die Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Seminarform zu vermitteln. Das hätte diverse Vorteile:

1. Die Seminare würden von denjenigen besucht, die sich dem Thema mit Leib und Seele verschrieben haben und damit betraut sein werden.
2. Die Inhalte können sehr viel mehr nachhaltig und nachahmbar vermittelt werden (z. B. durch Erläuterung, durch Bedarfsanalysen und Gruppenarbeit)
3. Die Seminarteilnehmer/innen würden einerseits in ihren Bereichen das Thema vorantreiben und Aktivitäten entwickeln können und andererseits wiederum als Multiplikatoren dienen können.
4. Durch die Verstetigung des Themas verbunden mit der Multiplizierung der Informationen über die Regionen hinaus könnte der Zusammenhalt in den Polizeien weiter optimiert werden. Es könnten z.B. auch Kooperationen entstehen sowie gemeinsame Möglichkeiten der Nutzung von Einrichtungen organisiert werden.

Der Service der Bundesfrauengruppe, eine Broschüre mit „Best-Practice“-Beispielen aus den Ländern und der Bundespolizei zusammenzustellen und zur Verfügung zu stellen, ist aus meiner Sicht als sehr positiv zu bewerten und ich hoffe sehr, dass die benannte Zielgruppe der Gleichstellungsbeauftragten und Personalräte sich mit den Inhalten auch mit Engagement und Zuversicht aktiv befasst.

Ich würde mir allerdings sehr wün-



schen, dass sich durch die Verbreitung der Broschüre ein spannendes und produktives Informations-Netzwerk aufbaut und sich daraus auch die Chance ergibt, eine intensive und produktive Seminarreihe zu entwickeln.

Ich kann meine Dienste hierzu nur allzu gern anbieten und stehe für Nachfragen und Informationen über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Bremer Polizei gerne zur Verfügung.

**Gerhard Rippe, Polizei Bremen**

### Zu: GdP und ADFC wollen enger kooperieren, DP 12/12

Ausdrücklich begrüße ich die engere Zusammenarbeit von GdP und ADFC. Nachdem im Frühjahr 2012 beim Thema „Rüpelradler“ und der Forderung nach höheren Bußgeldern für Radlerverstöße sich der GdP-Bundesvorsitzende als po-

pulistischer Trittbrettfahrer bei Bundesverkehrsminister Ramsauer fühlen durfte, finde ich es konstruktiver, sich mit den Vertretern des Verbandes auszutauschen, die in Sachen Radfahren erwiesenermaßen über die höchste Kompetenz verfügen. Wie wäre es übrigens, wenn sich die GdP, bevor sie Regelverstöße seitens der Radfahrer anprangert, mal mit den Regelverstößen von Behörden und Ämtern befassen würde. Tatsache ist, dass quer durch unsere Republik die Novelle der StVO vom September 1997 kaum Anwendung findet. Ebenso stößt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Oktober 2010 zur Radwegebenutzungspflicht eher auf Ablehnung als Anwendung bei den verantwortlichen Stellen.

**Rainer Aichele, Grömitz**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**

*Liebe DP-Leserinnen und -Leser, zum Titel der DP-Januar-Ausgabe „Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird“ erreichte die Redaktion eine Fülle von Leserbriefen. Um der Vielfalt der Lesermeinungen gerecht zu werden und eine kompakte Übersicht zu gewährleisten, werden die Leserbriefe in der kommenden März-Ausgabe abgedruckt.*

**Ihre DP-Redaktion**

## GEWERKSCHAFTSBEIRAT

### Nach Ausscheiden zweier Vorstandsmitglieder: GdP-Spitze in neuer Zusammensetzung

Nach dem Ausscheiden zweier Mitglieder aus ihren Ämtern setzt sich der Geschäftsführende GdP-Bundesvorstand (GBV) neu zusammen. Für den zum Polizeipräsidenten in Hagen ernannten Frank Richter wählte das höchste Gremium der Organisation zwischen den Bundeskongressen, der Gewerkschaftsbeirat, auf seiner Sitzung Mitte Januar 2013 in Potsdam den 49-jährigen Oliver Malchow, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Jörg Bruchmüller (53), hessischer GdP-Landesbezirksvorsitzender und seit Ende im 2010 im GBV bekleidet nunmehr das Amt des Bundesschriftführers.

Neue GBV-Mitglieder sind der zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählte NRW-GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert (55), der dem Ende 2011 zum Vizepräsidenten des Landespolizeipräsidiums Saarland berufenen Hugo Müller im Amt folgt, sowie der 52-jährige Vorsitzende des GdP-Bezirks Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner, der den GdP-GBV als weiteres Mitglied in der Funktion des stellvertretenden Bundeskassierers komplettiert.

**MiZi**



**Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesvorstand nach notwendig gewordenen Nachwahlen im Januar 2013: (v.l.) Andreas Schuster, Bundeskassierer; Elke Gündner-Ede, weiteres Mitglied; Jörg Bruchmüller, Bundesschriftführer (seit Januar 2013); Rüdiger Seidenspinner, weiteres Mitglied – stellv. Bundeskassierer – (seit Januar 2013); Kerstin Philipp, stellv. Bundesvorsitzende; Oliver Malchow, stellv. Bundesvorsitzender (seit Januar 2013); Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender; Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender; Arnold Plickert, stellv. Bundesvorsitzender (seit Januar 2013).**  
**Foto: Holecek**



## Tarifarbeit in der GdP

**Die Beschäftigten der Polizeien in den Ländern erwarten von den am 31. Januar 2013 (nach Redaktionsschluss) in Berlin begonnenen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Der Abstand zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer größer und eine Inflationsrate von über zwei Prozent hat die Tarifabschlüsse der letzten Jahre aufgezehrt. An der guten wirtschaftlichen Lage müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder teilhaben.**

Die DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordern 6,5 Prozent mehr Lohn mit einer sozialen Komponente bei einer Laufzeit von zwölf Monaten sowie eine Übernahmeregelung für die Auszubildenden. Das Tarifergebnis muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beam-

tinnen, Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder übertragen werden.

Gemeinsam hatten die beteiligten Gewerkschaften am 11. Dezember 2012 in Berlin die Forderungen für die kommende Tarifrunde aufgestellt.

Für die Auftaktrunde am 31. Januar 2013 war kein Angebot der Arbeitgeber

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erwartet worden. Es wurde traditionell mit einem Schlagabtausch der Tarifparteien gerechnet: Die Gewerkschaften begründen ihre berechtigten Forderungen, die Arbeitgeber weisen sie als nicht finanzierbar zurück.

Die zweite Verhandlungsrunde findet am 14./15. Februar 2013 und die dritte am 7./8. März 2013 statt – jeweils in Potsdam. Die Gewerkschaften sind zwischen den Verhandlungsrunden auf massive Warnstreiks eingestellt. Weitere Verhandlungstermine sind nicht geplant. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre machen weitere Terminfestlegungen im Voraus keinen Sinn. Nach drei Runden kristallisiert sich in der Regel heraus, ob eine Einigung im Verhandlungswege möglich erscheint. Ist der Wille da oder



**Gehaltsschere schließen: (v. l.), Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand; Achim Meerkamp, ver.di-Bundesvorstand; ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske und Klaus Dauderstädt, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (dbb) bei der Auftakt-Pressekonferenz zur Tarifrunde 2013 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern.**

Foto: Zielasko





**Forderungen auf die Straße tragen: Sichtbarer und lautstarker Protest gegen Lohnneinbußen und zu geringe Einkommenssteigerungen während der Tarifrunde 2011 in Düsseldorf.**  
Foto: GdP/Vollmer

geht es nur noch um die Feinheiten, lassen sich auch weitere Verhandlungstermine schnell verabreden. Sollte auch dann keine Einigung gefunden werden, geht es üblicherweise danach in die Schlichtung oder in die Urabstimmung.

Eine Besonderheit bei den Verhandlungen mit der TdL ist allerdings, dass vor einigen Jahren die Schlichtungsvereinbarung gekündigt wurde und seither keine neue vereinbart wurde. Scheitern die Verhandlungen also, finden direkt Urabstimmung und möglicherweise – nach erfolgreich durchgeführter Urabstimmung – ein anschließender Erzwingungsstreik statt. Ohne vorherige Schlichtung!

Eine weitere Besonderheit in dieser Länderrunde: Das Land Berlin ist wieder dabei. Kurz vor Ablauf des Jahres war es nach schwierigen Verhandlungen gelungen, dass Berlin nach vielen Jahren wieder in die TdL zurückkehren konnte. Jetzt ist nur noch das Land Hessen außerhalb der TdL – eine Rückkehr ist hier von Seiten der Arbeitgeber nicht gewollt. Gewerkschaftsseitig ist aber geplant, in etwa zeitgleich zur Tarifrunde mit der TdL mit dem hessischen Arbeitgeber über Einkommensverbesserungen zu verhandeln.

## Personalveränderung bei der TdL: Die Verhandlungsspitze

Der Vorsitzende des Vorstandes der

TdL, Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn, löste den bisherigen TdL-Chef Hartmut Möllring, Finanzminister Niedersachsens ab. Er hatte angekündigt, sich Anfang 2013 aus der aktiven Politik zurückziehen zu wollen.

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der TdL ist der Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. Georg Unland (Sachsen) und als zweite Stellvertreterin des Vorsitzenden fungiert die Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert (Freie Hansestadt Bremen).

An der Differenziertheit der Forderung (siehe Kasten Seite 6) ist zu erkennen, dass von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder nicht nur die Beschäftigten der Polizeien in den Ländern betroffen sind, sondern auch die übrigen Beschäftigten in den Landesverwaltungen, Schulen, Universitäten, beim Küstenschutz, den Straßenmeistereien, den Unikliniken und in vielen anderen Bereichen mehr. In der überwiegenden Zahl der verschiedenen Bereiche gibt es inhaltliche Überschneidungen: Entgelt, Auszubildende, Befristungen, Urlaub.

Die Forderung der Gewerkschaften ist ausgewogen und gerechtfertigt. Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder ist in den letzten Jahren deutlich hinter der in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Auch gegenüber den Einkommen der Beschäftigten in Bund und Kommunen ist durch deren



**GdP-Chef Bernhard Witthaut schwört in Potsdam rund 4.000 Beschäftigte vor dem dritten Treffen der Tarifrunde 2012 für Beschäftigte in Bund und Kommunen auf harte Verhandlungen ein.**

Foto: Rüdiger Holecek

**Hinweis:** Im Text wurden im unregelmäßigen Wechsel sowohl die weibliche als auch die männliche Form verwendet als auch teilweise nur die männliche Form – gemeint ist jeweils die männliche und die weibliche Form des Begriffs.



### Forderungen der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP vom 11. Dezember 2012 im Einzelnen

#### I. Entgelterhöhungen:

1. Die Tabellenentgelte werden um 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente erhöht.
2. Die Entgelte der Auszubildenden und der Praktikantinnen/Praktikanten werden um 100 Euro monatlich erhöht.
3. Die Laufzeit der Entgelterhöhung soll nicht länger als 12 Monate betragen.
4. Die Ergebnisse zu 1. bis 3. sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder und der Kommunen übertragen werden.  
Die Feuerwehrzulage soll um 25 Euro erhöht und dynamisiert werden.

#### II. Auszubildende

Verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

#### III. Theater und Bühnen

Die technischen Theaterbeschäftigten mit künstlerischen Aufgaben müssen vom Geltungsbereich des TV-L erfasst werden.

#### IV. Psychiatrische Krankenhäuser

Die Beschäftigten in Psychiatrischen Krankenhäusern erhalten einen Zusatzurlaub von zwei Arbeitstagen im Kalenderjahr.

#### V. Lehrkräfteeingroupuierung

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst fordert eine tarifliche Regelung der Lehrkräfteeingroupuierung.

#### VI. Erholungsurlaub

Die Bundestarifkommission lehnt eine Verschlechterung des Urlaubsanspruchs ab. (zurzeit 30 Arbeitstage; Hinw. d. Red.)

#### VII. Befristungen

Die TdL wird aufgefordert, über eine Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse zu verhandeln.

letzten guten Abschluss 2012 ein größerer Gehaltsabstand entstanden: Ab Januar 2013 beträgt die Differenz 2,25 Prozent und ab August 2013 werden es 3,6 Prozent sein. Diese Differenz gilt es auch aufzuholen, neben der Teilhabe an der guten Konjunktur oder dem Ausgleich für die gestiegenen Preise.

Der öffentliche Dienst ist nur dann ein attraktiver Arbeitgeber, wenn er auch entsprechende Einkommensbedingungen schafft.

Die Steuereinnahmen der Länder werden aufgrund der bisher guten Konjunkturentwicklung unerwartet stark steigen.

greifen mehr und mehr zu Befristungen statt den Beschäftigten sichere, unbefristete Arbeitsverhältnisse anzubieten.

Außerdem sei die verbindliche Übernahme der Auszubildenden sehr wichtig, aber wo nicht ausgebildet werde, könne nicht übernommen werden. Deshalb müssten die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und mehr Ausbildungsplätze schaffen.

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig: „Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalab-



Im „Kleinen Kreis“ geht es ins Eingemachte. Oft fällt dort die endgültige Entscheidung über die Knackpunkte der sich gegenüberstehenden Forderungen und Angebote.

Foto: Michael Zielasko

Laut des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ (Bundesministerium der Finanzen) ist für die Jahre 2012 bis 2014 ein Steuerplus der Länder von insgesamt 12,2 Prozent (allein im Jahr 2012 von 5,6 Prozent) zu erwarten. Nicht vernachlässigt werden darf zudem, dass wegen der prognostizierten unsicheren Wirtschaftsentwicklung im Euroraum kräftige Gehaltssteigerungen zur Stützung der Binnennachfrage dringend erforderlich sind.

Die Diskussion über die Beschlussfassung zur Einkommensrunde 2013 war in allen beteiligten Gewerkschaften ähnlich. Neben der Entgeltfrage waren die von den Arbeitgebern gekündigten Urlaubsregelungen Thema („Hände weg vom Urlaub!“) sowie die Frage der Einschränkung von Befristungsregelungen. Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes

baus hinter sich mit dem Ergebnis ständig wachsender Aufgaben und zunehmender Arbeitsverdichtung. Sie wollen nicht auch noch zusätzlich die rote Laterne in der Einkommensentwicklung tragen.“ Bei möglichen Tarifaueinandersetzungen sind sich die Angestellten in der Polizei der Solidarität der beamteten Kolleginnen und Kollegen sicher. Kerstin Philipp: „Wir kämpfen auch für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Polizeibeamtinnen und -beamten.“ Deshalb, so warnt Philipp, werde eine störrische Haltung der Arbeitgeber nur Sand in das Getriebe der Inneren Sicherheit streuen.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Polizei erbringen qualifizierte, hochwertige Leistungen. Sie erwarten daher auch eine entsprechende Vergütung für diese gute Arbeit.





## Forderungs- komponenten

Immer wieder tauchen Fragen über die Art der Forderung auf. Darüber wird in den Tarifkommissionen, Verwaltungen und Betrieben oft lange diskutiert. Oftmals ist es nicht einfach nachzuvollziehen, weshalb die Gewerkschaften in einer Tarifrunde gerade so geartete Forderungen stellen, wo doch z. B. andere Branchen viel höhere oder anders gestaltete Forderungen gestellt haben. Im öffentlichen Dienst geht es neben der Höhe der Forderung oft um die Frage: Soziale Komponente ja oder nein?

In der Tarifrunde 2012 beispielsweise forderten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung der Tarifentgelte um 6,5 Prozent bzw. einen Betrag von mindestens 200 Euro, in der aktuellen Tarifrunde dagegen neben der linearen Erhöhung eine unbezifferte soziale Komponente.

Aber was bedeutet Mindestbetrag? Und worin liegt der Unterschied zum Sockelbetrag, zum Festbetrag und zur Einmalzahlung?

Diskussionen, die auch bei der aktuellen Forderungslage wieder geführt wurden. Macht es tarifpolitisch Sinn, eine soziale Komponente – und wenn ja, beziffert – zu fordern? Das Bedürfnis, den unteren Einkommensgruppen im Verhältnis mehr zugestehen zu wollen als den höheren Gruppen, ist nachvollziehbar und kann gerechtfertigt sein. Unpassend ist es dort, wo es mittlerweile um Fachkräftemangel, Privatisierung oder die allgemeine (schlechte) Lage auf dem Arbeitsmarkt geht. Auch hier bestimmt das Angebot (der Arbeitskräfte) die Nachfrage (Bezahlungsniveau).

### Mindestbetrag

Damit ist gemeint, dass eine (lineare) Tarifierhöhung mindestens einen bestimmten Euro-Betrag erreichen muss (lineare Tarifierhöhung; hier werden die Entgelte um den gleichen prozentualen Satz erhöht). Der Mindestbetrag wird oft mit einer linearen Forderung kombiniert (z. B. 6,5 Prozent bzw. 200 Euro Mindestbetrag). Sollte sich diese Kombination als Tarifiergebnis durchsetzen, greift der Mindestbetrag, solange dieser höher ist als die lineare Tarifierhöhung.

Mit einem Mindestbetrag werden die unteren Entgeltgruppen begünstigt, da diese allein bei einer linearen Erhöhung



*Wenn die Verhandlungen heiß laufen, bedarf es Weitblick und eines kühlen Kopfes. Enge und verbindliche Absprachen festigen dabei die eigenen Positionen; hier ver. di-Vorsitzender Frank Bsirske und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut im Meinungsaustausch.*  
Foto: Kay Herrschelmann

von beispielsweise 6,5 Prozent nicht den Betrag von 200 Euro erreichen würden.

### Sockelbetrag

Der Sockelbetrag wird oft mit dem Mindestbetrag verwechselt. Beim Sockelbetrag handelt es sich um einen festen Betrag, der in gleicher Höhe allen Beschäftigten gezahlt wird. Auch der Sockelbetrag fließt in die Entgelttabelle ein. Sollte es neben dem Sockelbetrag noch zu einer prozentualen Tarifierhöhung kommen, wird in der Regel zunächst der Sockelbetrag auf die Tabelle gerechnet und die prozentuale Tarifierhöhung auf dem Sockelbetrag aufbauend berechnet. Der Sockelbetrag bewirkt eine prozentual stärkere Anhebung der unteren Entgeltgruppen und wird daher als „soziale Komponente“ bezeichnet.

### Festbetrag

Der Festbetrag ist ein Betrag, der „allein“ gefordert wird, sich aber genauso wie der Sockelbetrag auswirkt. Der Festbetrag ist ebenfalls ein einheitlicher Euro-Betrag, der in die Entgelttabelle eingerechnet wird. Hier gibt es jedoch keine weitere prozentuale Tarifierhöhung, die dann auf diesen festen Betrag gerechnet wird. Auch der

Festbetrag bewirkt eine relativ stärkere Anhebung der unteren Entgeltgruppen. Beim Festbetrag handelt es sich um eine selten erhobene Tarifforderung.

### Einmalzahlung

Oft wird statt des Mindest-, Sockel- oder Festbetrages eine Einmalzahlung neben der prozentualen Tarifierhöhung vereinbart. Einmalzahlungen führen nicht zu einer dauerhaften Steigerung der tariflichen Entgelte. Sie werden oft als Ausgleich für eine längere Laufzeit des Tarifabschlusses vereinbart oder weil der Tarifvertrag bereits länger gekündigt ist, der Abschluss tatsächlich aber erst einige Monate später erfolgt und nicht rückwirkend gilt. Beispiel: Der Tarifvertrag ist zum Ende des Vorjahres abgelaufen, die Verhandlungen dauern jedoch bis Ende März. Dann ist es nicht unüblich, dass für die drei Monate Januar bis März, die der Tarifvertrag nicht zurückwirkt, eine Einmalzahlung vereinbart wird. Einmalzahlungen sind in der Regel nicht Forderungsbestandteil von Gewerkschaften, sondern eine klassische Kompromisslösung für „leere Monate“.



### Die Tarifreform – Ein Blick zurück

2005 wurde der seit 1961 geltend Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) – und entsprechend die Arbeitertarifverträge MTL und MTB (später MTArb) – durch den TVöD für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen abgelöst. Kurze Zeit später (2006) kam der TV-L, der Tarifvertrag für die Länderbeschäftigten (DP 11/2006). Vorausgegangen waren in beiden Fällen langwierige, schwierige Verhandlungen. Beide Tarifverträge ersetzen den 74 Paragraphen umfassenden BAT. Das neue Tarifrecht sollte moderner, flexibler, diskriminie-

gar nicht mehr ausgeführt bzw. anders gewertet wurden (z. B. schwarz/weiß oder Colorentwicklungsarbeiten von Fotolaborantinnen/Fotolaboranten). Gerechte Eingruppierungen konnten zum Teil nicht mehr vorgenommen werden, Eingruppierungsklagen hatten keinen Erfolg, weil die starren Eingruppierungsregeln die geänderten, anspruchsvoller gewordenen Tätigkeiten nicht mehr abzeichneten und andere – bessere – Eingruppierungen nicht zuließen, neue Berufsbilder fanden sich in der Vergütungsordnung

nachwirkte. Das hatte insbesondere Bedeutung für Angestellte, die nach 1984 eingestellt wurden).

In dieser Zeit entstanden die Vorstellungen von einer „BAT-Reform“ – auch die Gewerkschaft der Polizei beteiligte sich maßgeblich an den Überlegungen und hatte dazu konkrete Vorstellungen (siehe „Tarifpolitisches Programm der GdP“, 1998). Bis die Forderungen daraus verwirklicht werden konnten, vergingen einige Jahre.

Erschwerend kam hinzu, dass im Verlauf des Prozesses, bevor er richtig in Gang kam, neben Berlin auch Hessen aus der TdL ausschied, also eine Reform für diese beiden Länder



**GTK bei der Arbeit: Die Große Tarifkommission stellt für die GdP tarifpolitische Weichen. Als GTK-Vorsitzender fungiert satzungsgemäß der/die GdP-Bundvorsitzende. Weitere Mitglieder sind der Geschäftsführende Bundesvorstand sowie jeweils zwei aus Landesbezirken und Bezirken entsandte Tarifbeschäftigte. Die GTK wird immer dann vom GdP-Bundvorsitzenden einberufen, wenn tarifpolitischer Beratungsbedarf besteht – so natürlich auch während der eigentlichen Verhandlungen.** Foto: Rüdiger Holecek

rungsfrei und durchlässiger sein und bessere Eingruppierungsmöglichkeiten schaffen.

Das war mit Schaffung von TVöD bzw. TV-L aber noch nicht bewältigt. Die ursprünglichen Reformgedanken rankten sich weniger um den alten BAT als um das dazugehörige Eingruppierungsrecht in Form der Anlage 1a zum BAT, der Vergütungsordnung und analog den Lohngruppenverzeichnissen im Arbeiterbereich. Hier wie dort verbargen sich die nicht mehr zeitgemäßen Eingruppierungsvorschriften (z. B. „Schreibkräfte“ statt Fachangestellte für Bürokommunikation), die von der Rechtsprechung in Gänze ausgefüllten „unbestimmten Rechtsbegriffe“ (z. B. vielseitige, umfassende, gründliche Fachkenntnisse oder selbständige Leistungen), unbrauchbar gewordene Eingruppierungsregelungen, da diese Tätigkeiten in dieser Form

nicht wieder und vieles mehr. Es gab viel zu tun.

Auch hatten die Arbeitgeber – noch als Verbund von Bund, Ländern und Kommunen (VKA) – ihre eigenen Vorstellungen in Bezug auf eine Tarifreform (zu hohe Eingruppierungen, falsche Wertigkeiten von Tätigkeiten, Aufstiege durch reinen Zeitablauf ...).

Zum 1. Januar 1984 hatten die Arbeitgeber die Vergütungsordnung gekündigt – um sie 1991 (gemeinsam mit den Gewerkschaften) wieder in Kraft zu setzen (außer des Abschnitts N im Teil II – Angestellte im Schreibdienst; dieser Bereich war den Arbeitgebern ein besonderer Dorn im Auge, weil er ihrer Ansicht nach zu hohe Eingruppierungen gegenüber anderen Beschäftigungsgruppen zuließ und deshalb auch weiterhin keine unmittelbare Tarifwirkung mehr hatte, sondern nur

dann nicht mehr mit verhandelt werden konnte. Schwerer wog allerdings noch die Trennung des Arbeitgeberverbandes von Bund, Ländern und Kommunen in Bund und Kommunen einerseits und den Ländern (ohne Hessen und Berlin) andererseits. Die Aussicht auf „einen“ neuen BAT und „eine“ neue Vergütungsordnung schwand.

Spezifika und Besonderheiten im positiven wie im negativen Sinne führten auf allen Seiten der beteiligten Tarifvertragsparteien dazu, dass diese – je nach Lager – gesichert oder abgeschafft werden mussten. Während sich 2005/2006 die Regelungen im TVöD/TV-L noch im Wesentlichen gleichen, gilt das für die abgelöste/n Vergütungsordnung/Lohngruppenverzeichnisse in Form einer Entgeltordnung nicht mehr.



Für den Bereich der Länder gilt: Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die Tarifvertragsparteien auf Eingruppierungsregelungen für den Tarifvertrag der Länder – TV-L – geeinigt; die Entgeltordnung ist rückwirkend zum 1.1.2012 in Kraft getreten.

Mit Bund und Kommunen ist bis Anfang 2013 noch kein Ergebnis erzielt worden. Aller Voraussicht nach wird es hier auch keine einheitliche Entgeltordnung mit diesen beiden Arbeitgebern geben. Zu unterschiedlich sind die (allein arbeitgeberseitigen) Vorstellungen. Für alle drei Entgeltordnungen ging und geht es letztendlich um die Klärung: Streichung/Rettung von Bewährungsaufstiegen und deren Laufzeiten, Zulagen bzw. neue Tätigkeitsmerkmale für bestimmte Berufsgruppen. Nicht alles wurde „erneuert“. Eingruppierungsgrundlagen wie die Tarifautomatik der §§ 22, 23 BAT wurden im Wesentlichen beibehalten, das „Hälfte-Prinzip“ („mindestens fünfzig Prozent“, früher Überwiegendprinzip) oder die für die Eingruppierung notwendigen Fachkenntnisse finden sich auch in der neuen Entgeltordnung. Zu Beginn waren beide Seiten mit größeren Änderungsvorstellungen gestartet, aber im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass auch Verhandlungen über eine Entgeltordnung klassische Tarifverhandlungen sind: Am Ende muss man sich auf einen – für beide Seiten tragbaren – Kompromiss einigen.

Aus einem BAT und den entsprechenden Arbeiterregelungen sind nun TVöD und TV-L geworden und aus der Vergütungsordnung/den Lohngruppenverzeichnissen werden voraussichtlich drei Entgeltordnungen für Bund, Länder und Kommunen.

Wie alle Reformen, waren auch diese nicht einfach. Sie finden auch bei den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht nur Befürworter und Unterstützer. Altbewährtes, Bekanntes abzulegen, zu verlassen, ist auch in Bezug auf Tarifregelungen nicht einfach. Aber die Reform war gewollt und notwendig. Letztendlich hat sie auch verhindert, dass sich der Arbeitgeberverband noch weiter aufspaltet und sie hat dazu beigetragen, dass beide Tarifvertragsparteien handlungsfähig und selbstbestimmt bleiben. Der öffentliche Dienst bleibt tarifgebunden. Ein Gut, das in Zeiten wachsender tarifloser Zustände nicht hoch genug einzuschätzen ist.

### Ein Blick auf das „Tarifpolitische Programm der GdP“ von 1998 zeigt, vieles – wenn auch nicht alles – konnte in der neuen Entgeltordnung umgesetzt werden:

„A 1. .... Die Unterscheidung in den Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Angestellten ist überholt. Wir brauchen einheitliche Tarifverträge ...

2. Die Lohnpolitik darf nicht durch eine immer mehr ausweitende Tariffucht (Austritt aus den Arbeitgeberverbänden, Privatisierungen etc.) wirkungslos werden .....

In diesem Zusammenhang ist ein tariflicher Schwerpunkt der Zukunft auch die Verteidigung der bestehenden Flächentarifverträge .... Eine Reform ist nötig und möglich ..... Funktionierende Flächentarifverträge sind Voraussetzung einer Tarifautonomie, die diesen Namen verdient.

**B 1. Grundsätzliche manteltarifliche Ziele:**

Aufgrund der stetig gewachsenen Aufgabenzuweisungen und -wechsel, die der alten Klassifizierung zwischen Arbeitern und Angestellten nicht mehr gerecht werden, ist eine Unterscheidung ... veraltet und muss abgeschafft werden.

Vorrangig ist daher ein einheitliches Entgelt- und Manteltarifrecht für die Beschäftigten in der Polizei zu schaffen ....

6. Angestellte im Schreibdienst

Die vorhandenen Bewertungskriterien für Angestellte im Schreibdienst sind völlig veraltet. Es ist dringend erforderlich, neue ... Qualitätskriterien zu erarbeiten. Diese müssen zu einer höheren Vergütung ...

**D. Tarifpolitische Änderungen**

Die ... Vergütungsordnung ... entspricht nicht mehr den heutigen Gegebenheiten:

- Die Tarifverträge sind überholt (z. B. für Techniker, für Schreibkräfte, für Heizer).

- ... Aufgaben und technische Möglichkeiten waren ... noch nicht vorhanden.

- bundesweite Festschreibung von Eingruppierungsmerkmalen.

- ... Überwiegendprinzip gemäß §§ 22, 23 BAT...

... Unser Ziel muss es sein, auf Veränderungen jeglicher Art zeitgerecht, sachbezogen und eigenständig reagieren zu können ...



**Streikszenen 2006: Teile der Bremer Verwaltung liegen brach. Die Ausländerbehörde der Hansestadt mühte sich mit Zelten und Sperrgittern den Weg der Bürokratie aufrecht zu erhalten.**

Foto: Rüdiger Holecek





Machtvolle Protestkundgebungen wie hier beim bundesweiten Polizeiaktionstag 2009 in Hannover locken die Arbeitgebervertreter aus der Reserve. Foto: Rüdiger Holecek

**Deshalb fordert die GdP:**  
 1. ...  
 das Überwiegendprinzip muss abgeschafft werden  
 Reduzierung der Tarifverträge ...  
 Büro- und Kassenwesen  
 Techn. Angestellte  
 Med. Angestellte  
 Sonstige, z. B. Lehrer  
 Reduzierung der Lohngruppen ...  
 Reduzierung der Fallgruppen ...  
 Keine konkrete Festschreibung von Tätigkeiten ...“

### Beschäftigte in der Polizei

Das Bild der Polizei ist geprägt von den verbeamteten Polizistinnen und Polizisten. Das gilt für Medienanfragen bei der GdP genauso wie für die Sicht der Bevölkerung auf die Polizei oder in den beliebten Krimis. Nicht jede/r ist sich klar darüber, dass der Spurensicherer oder die Chemikerin vielleicht keine Beamten oder Beamtinnen sind. Tarifbeschäftigte, als „normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ in der Polizei, für die nicht das Beamtenrecht und die Pensionsregularien, sondern das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes und das allgemeine Arbeitsrecht gelten, werden nicht als solche wahrgenommen. In Bezug

auf die Polizei wird automatisch in den Kategorien des/der Schutzpolizist/in oder des/der Kriminalbeamten/-in gedacht.

Auch während der Aktionen und Demonstrationen zu den Tarifverhandlungen fällt die GdP neben ihren grünen Fahnen überwiegend durch die getragenen Uniformen auf. Die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen unterstützen die Tarifbeschäftigten in deren Forderungen, für sie selbst werden keine Verhandlungen geführt. Je nach Landesregierung und/oder Haushaltslage werden Tarifergebnisse für die Beamtinnen und Beamten in die jeweiligen Landesgesetze übernommen. In den letzten zehn Jahren selten zeit- und inhaltsgleich – meistens mit massiven Verzögerungen in beiden Komponenten oder gar nicht.

Auch in der GdP macht naturgemäß der verbeamtete Teil den größeren Anteil der Mitglieder aus. Dabei ist das Berufsspektrum der Tarifbeschäftigten in der Polizei groß und bunt. Trotz massiven Personalabbaus und Privatisierungsbestrebungen gibt es viele Berufsbilder, die das Bild der Polizei prägen und die „klassische Polizeiarbeit“ nicht nur unterstützen, sondern mitgestalten. Angefangen bei der „Sekretärin des Chefs“ – dem Vorzimmer

oder der ehemaligen „Schreibkraft“ bis hin zu Chemikerinnen, Informatikern, Musikern, Lehrern in diversen Fachrichtungen, Technikerinnen, Datenschützern, Werkstattmeister oder Sachbearbeiter diverser Fachgebiete.

In ihrem „Berufsbild – Angestellte in der Polizei“ (1998) hat die Gewerkschaft der Polizei bundesweit über 130 Berufsbilder gezählt, die von Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden oder wahrgenommen werden könnten – darunter noch weiter differenzierte Tätigkeitsfelder oder Schwerpunkte.

Allein wenn man folgende grobe Aufteilung vornimmt zwischen Beschäftigten a) in der Verwaltung und Logistik und b) in der Gefahrenabwehr/Strafverfolgung, ergibt sich dazu folgendes Bild:

zu a)  
**Allgemeine Verwaltung**  
**Datenschutz**  
**Haushalt**  
**Wirtschaftsangelegenheiten**  
**Personal**  
**Aus- und Fortbildung**  
**Öffentlichkeitsarbeit**  
**IuK-Angelegenheiten**  
**Kraftfahrungsangelegenheiten**



## TARIFPOLITIK

**Waffen- und Geräteangelegenheiten  
Werkstätten u. a. m.**

**und zu b)  
Führungs- und Lagedienst  
Innerer Dienst  
Ermittlungsdienste  
Sonstige Dienste  
Kriminalitätsvorbeugung  
Kriminalitätsbekämpfung/-auswertung  
Verkehrsüberwachung  
Verkehrsregelung  
Verkehrssicherheit  
Sonderdienste**

Die GdP verfolgt nach wie vor das Ziel, dass nur dort, wo zwingend hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen sind und wo das fachspezifische Wissen des Polizeiberufs dringend erforderlich ist, Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte eingesetzt werden.

Der schleichende Wandel in den polizeilichen Aufgaben bzw. deren veränderte Wahrnehmung hat dazu geführt, dass durch Polizeibeamtinnen und -beamte nicht mehr ausschließlich polizeitypische Aufgaben ausgeübt werden. Auch

Die GdP setzt sich schon seit langem dafür ein, dass

- eine Reduzierung der Beamtenstellen aufgrund einer Aufgabenverlagerung unterbleiben muss. Zur Bekämpfung der Kriminalität und um mehr Präsenz von Polizei vor Ort zeigen zu können, müssen die Stellenpläne erweitert werden.

- die öffentliche Sicherheit als eine in sich geschlossene Aufgabe durch Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte in der Polizei erfolgt.

- insbesondere bei älteren Kolleginnen und Kollegen ein „Herauswachsen“ aus der derzeitigen Funktion erfolgt, um diese Positionen anschließend aufgabengerecht mit Tarifbeschäftigten besetzen zu können.

Auch nach 15 Jahren haben diese GdP-Positionen noch ihre Gültigkeit bzw. haben durch das Agieren der Politik (Personalabbau, Arbeitsverdichtung, Föderalismus mit unterschiedlicher Besoldung und Versorgung bei Krankheit und Alter) erst recht ihre Daseinsberechtigung und die GdP eine ihrer gewerkschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft.



**Ergebnis offen:  
Gespannt warten  
die Beschäftigten  
des öffentlichen  
Dienstes auf den  
Moment, wenn  
die Verhandlungs-  
parteien vor die  
Mikrofone treten.  
Foto:  
Rüdiger Holecek**

diese Arbeitsverdichtung hat neben dem massiven Personalabbau in letzter Konsequenz zu weniger Präsenz der Polizei auf den Straßen geführt und damit gleichzeitig u. a. zur Reduzierung des Sicherheitsgefühls bei der Bevölkerung beigetragen und zur Ausweitung des Einsatzes privater Sicherheitsdienste.

Zum Tarifbereich  
auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de)



COP® Specials Januar / Februar 2013

Gültig vom 20.12.12 - 28.2.13

### 1 Einsatzstiefel

**adidas® GS69.7**  
Art.-Nr. 85G62307-Größe UK

Farbe: schwarz  
Größen: (EU 36 - 50)  
UK 3,5 - 14  
Verfügbar in 1/2 Größen  
Mittelhoher, leichter und zugleich athletischer Stiefel. Er überzeugt durch einen besonders langlebigen und atmungsaktiven Schaft aus vollnarbigem Glattleder mit Meshmaterial und vollgedämpfter Sohle.



**Aktionspreis\*\*  
€ 119,90**  
statt 130,99\*

Größe UK	3,5	4	4,5	5	5,5	6	6,5	7	7,5	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	13,5	14
Größe EU	36	36,5	37,5	38	38,5	39,5	40	40,5	41,5	42	42,5	43	44	44,5	45,5	46	46,5	47,5	48	48,5	49,5	50



### 2 Under Armour® Dauntless Rucksack

Art.-Nr. UA12180205  
Größe: 48 x 33 x 18 cm  
Volumen: 25 Liter  
Material: 100 % Nylon  
Farbe: schwarz  
Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißen Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite. Perfekte Größe für Handgepäck im Flugzeug.

**Aktionspreis\*\*  
€ 25,90**  
statt 34,99\*

### 3 Under Armour® Boxershorts

**Core ColdGear®**  
Art.-Nr. UA12038825-Größe  
Farbe: schwarz; Größen: S - XXXL  
Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan. Eng anliegende Boxershorts ohne Eingriff.  
Beininnenlänge 7" = 17,8 cm.



**Aktionspreis\*\*  
€ 29,90**  
statt 39,99\*



### 4 Tactical Crew Under Armour® ColdGear®

Art.-Nr. UA10055115-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA10055110-Größe (olivgrün)  
Farben: schwarz und olivgrün  
Größen: S - 3XL; Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt mit ColdGear® Technologie, das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält.

**Aktionspreis\*\*  
€ 39,90**  
statt 59,99\*

### 5 Taschenlampe COP® 8503N2 LED

Art.-Nr. 18503N2  
Länge: 12,9 cm  
Ø: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf  
Gewicht mit Batterien: 127 g  
Leistung: 230 Lumen  
Leuchtdauer: 30 Stunden  
Leuchtwerte: 100 m  
Lebensdauer der LED: 100 000 h  
Betriebsdauer: bis zu 30 Stunden/Satz Batterien  
3 x AAA Batterien im Lieferumfang enthalten!



**Aktionspreis\*\*  
€ 29,90**  
statt 49,99\*\*

PASSENDES HOLSTER



### 6 Taschenlampeholster COP® 1406 Pro

Art.-Nr. 21406  
Farbe: schwarz; Material: Nylon  
Gepolstertes, hochwertiges Holster mit Klappe und Klettverschluss.

### 7 Handschuh COP® DG205W Neopren Winter

Art.-Nr. 320205W-Größe  
Größen: XS - 3XL  
Farbe: schwarz  
Außenmaterial: 50% Polyamid, 50% Polyester  
Innenfutter: 100% Polyester  
Winterhandschuh  
Handfläche aus ultradünner, synthetischer Glattleder.  
Antirutsch Einsätze an den Fingerspitzen - nicht am Zeigefinger, da hier viel Gefühl gefragt ist.



**Aktionspreis\*\*  
€ 19,90**  
statt 29,99\*\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\*\*\* ehemaliger Verkaufspreis  
\*\* Angebots- / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2012 bis 28. Februar 2013 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

## Vor 80 Jahren: Mit Terror und Diktatur zur Macht



**Vor 80 Jahren, am Abend des 30. Januar 1933, zog ein Fackelzug durch das Brandenburger Tor in Berlin. Die Anhänger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei feierten jubelnd die Ernennung ihres Führers Adolf Hitler zum Reichskanzler. Noch ahnten nur wenige, welche tiefgreifende und verhängnisvolle Veränderungen bevorstanden. Doch wie konnte es dazu kommen? Wie konnte die radikale NSDAP in nur wenigen Jahren von einer Außenseiterpartei zur stärksten politischen Kraft in Deutschland werden?**

*Für einen NSDAP-Propagandafilm nachgestellte Szene des Monate zuvor stattgefundenen Aufzuges am Brandenburger Tor in Berlin zur Berufung Hitlers zum Reichskanzler Deutschlands am 30. Januar 1933.*

*Foto: akg-images/dpa*

**D**ie Gründe dafür sind zahlreich, die Wurzel jedoch liegt in der wirtschaftlichen und politischen Situation der späten 20er-Jahre. Die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründete Weimarer Republik befand sich wirtschaftlich zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen Lage. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 beendete schlagartig die Phase des Aufschwungs und der Stabilisierung, die kennzeichnend für die „Goldenen Zwanziger“ gewesen waren. Deutschland war, neben den USA, besonders stark betroffen. Ende des Jahres 1930 war die Zahl der Arbeitslosen auf

ca. fünf Millionen angewachsen. Die Regierung unter dem seit 1925 amtierenden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und dem, nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition 1930 eingesetzten Reichskanzler Heinrich Brüning, reagierte mit Sparmaßnahmen, die jedoch nur mit Hilfe von Notverordnungen durchgesetzt werden konnten und in der Folge die wirtschaftliche Situation nur noch verschärften. Mit der Regierung Hindenburg/Brüning begann die Zeit der „Präsidialkabinette“, die sich auf Grund der fehlenden parlamentarischen Mehrheit verstärkt auf Notverordnungen stützten.

Die politische und wirtschaftliche Un-

sicherheit führte dazu, dass die radikalen und republikfeindlichen Parteien des rechten wie des linken Spektrums deutlich an Anhängern gewannen. Bei den Wahlen im September 1930 gelang es der NSDAP erstmals, mit 18,3 Prozent zur zweitstärksten Partei in Deutschland aufzusteigen. Nur zwei Jahre später offenbarte sich endgültig die Brüchigkeit der Republik. Nachdem Hindenburg im Frühling 1932 Brüning durch Franz von Papen ersetzt hatte, gewann die NSDAP in der darauf folgenden Reichstagswahl im Juli weiter dazu und wurde mit 37,4 Prozent zur stärksten politischen Kraft. Schon im September wurde das Kabinett von



Papen jedoch erneut aufgelöst, da der Reichstag dem Kanzler sein Misstrauen ausgesprochen hatte. In den zweiten Reichstagswahlen dieses Jahres verlor die NSDAP 4,3 Prozentpunkte, blieb aber weiterhin stärkste Partei. Die Erleichterung innerhalb der demokratisch orientierten Bevölkerung über diese Entwicklung hielt jedoch nur kurz an. Der am 2. Dezember neu eingesetzte Reichskanzler Kurt von Schleicher scheiterte mit seinen Bemühungen, durch eine „Querfront“ die NSDAP zu spalten und eine breite Basis für seine Politik zu gewinnen. Zur gleichen Zeit begannen Verhandlungen zwischen dem ehemaligen Reichskanzler von Papen und Hitler mit dem Zweck, letzteren zum Amt des Kanzlers zu verhelfen. Im Januar 1933 traten verstärkt Personen aus dem nächsten Umfeld Hindenburgs an den Reichspräsidenten heran, um sich für Hitlers Ernennung einzusetzen. Als Schleicher am 28. Januar seinen Rücktritt einreichte, war der Weg für die Nationalsozialisten und damit für den Untergang der Weimarer Republik bereitet. Nur zwei

Tage später ernannte Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Im Kabinett Hitler saßen mit Wilhelm Frick und Hermann Göring vorerst nur zwei NSDAP-Mitglieder. Die übrigen acht Kabinettsmitglieder entstammten dem konservativen, deutschnationalen Lager. Der als neuer Vizepräsident bestätigte Franz von Papen erhoffte sich dadurch eine „Zähmung“ der radikalen Nationalsozialisten. Ein fataler Irrtum, wie sich schon bald zeigen sollte.

Am 1. Februar löst Hindenburg auf Verlangen Hitlers erneut den Reichstag auf. Die NSDAP ging in ihrem Wahlkampf, der unter dem Motto „Kampf dem Marxismus“ stand, rücksichtslos und mit staatlicher Rückendeckung gegen ihre politischen Gegner vor. Durch die am 4. Februar verabschiedete „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes“ wurde die Presse sowie die Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Die von Göring zu „Hilfspolizisten“ ernannten 50.000 SA- und SS-Angehörigen begannen mit der Ver-

folgung und Inhaftierung insbesondere von Mitgliedern der KPD und der SPD. Der Brand des Reichstages in Berlin am 27. Februar 1933, angeblich von Kommunisten gelegt, diente als Vorwand, um durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ (Reichstagsbrandverordnung) Grundrechte außer Kraft zu setzen und bildete die Basis für die scheinbar legale Verfolgung politischer Gegner. Trotz des zunehmenden Terrors verfehlte die NSDAP bei den Neuwahlen am 5. März die absolute Mehrheit. Durch ein Bündnis mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und dem „Stahlhelm“ erreichten sie trotzdem eine Regierungsmehrheit im Reichstag.

Flankiert wurde der Terror auf den Straßen durch die symbolisch aufgeladene und dem Personenkult um den „Führer“ Hitler huldigende Propaganda. Die Inszenierung des „Dritten Reichs“ erreichte einen ersten Höhepunkt, als sich am 21. März, dem sogenannten „Tag von Potsdam“ Hitler – als Vertreter der neuen

Anzeige

Nürnberg, Germany  
7. – 8.3.2013\*

# ENFORCE TAC

International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions \*\* by IWA

Exhibition Conferences Workshops

Nürnberg, Germany 8. – 11.3.2013\*

**IWA 2013**  
& Outdoor Classics  
HIGH PERFORMANCE IN TARGET SPORTS,  
NATURE ACTIVITIES, PROTECTING PEOPLE

\* Am 8.3.2013 findet die Enforce Tac parallel zur IWA in Nürnberg statt.  
\*\* Ausschließlich für Behörden

## Profis im Fokus

enforcetac.com

Partner

Veranstalter  
NürnbergMesse GmbH  
Messezentrum  
90471 Nürnberg  
info@nuernbergmesse.de

BesucherService  
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 32  
besucherservice@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE



Staatsordnung – und Hindenburg, in kaiserlicher Uniform – als Vertreter des untergegangenen Kaiserreichs – gegenüberstanden. Am 23. März verabschiedete der Reichstag, von der euphorisch-nationalen Stimmung der Feierlichkeiten getragen, das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Hinter diesem Namen verbarg sich das sogenannte Ermächtigungsgesetz, das es der Regierung erlaubte, Gesetze ohne die Zustimmung von Reichstag und – rat oder die des Reichspräsidenten zu erlassen. Das zunächst auf vier Jahre begrenzte Gesetz bildete die rechtliche Herrschaftsgrundlage des NS-Regimes. Es wurde mit 444 zu 94 Stimmen angenommen. Damit hatte das Parlament seine Selbstentmachtung beschlossen. Nur die Abgeordneten der SPD stimmten dagegen. Die 81 Vertreter der KPD konnten an dieser Abstimmung bereits nicht mehr teilnehmen, da ihre Mandate durch die Reichstagsbrandverordnung erloschen, ihre Mitglieder größtenteils verhaftet oder ins Ausland geflohen waren. Die NSDAP setzte ihre Machtbestrebungen rücksichtslos und in kürzester Zeit um. Noch im März wurde das erste „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ verabschiedet, das die Landesparlamente auflöste. Die Neubesetzung richtete sich nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März aus. Am 1. April 1933 wurde in Hannover das erste Gewerkschaftshaus besetzt. Erste Boykotte jüdischer Geschäfte fanden statt. Politisch unliebsame Beamte wurden per Gesetzesbeschluss entlassen, Bücher sozialistischer, liberaler und jüdischer Autoren öffentlich verbrannt. Im Juli 1933 war die NSDAP die einzig verbliebene Partei in Deutschland. Alle anderen Parteien waren verboten worden oder hatten sich selbst aufgelöst. Die Neugründung von Parteien war per Gesetz untersagt. Die Nationalsozialisten waren am Ziel. Innerhalb von nur sechs Monaten hatten sie ihre politischen Gegner ausgeschaltet und die Demokratie mit scheinbar legalen Mitteln faktisch abgeschafft.

Die Ereignisse des Januars vor 80 Jahren waren der Beginn einer Zeit des Terrors und der Diktatur. Gerade heute, angesichts der NSU-Mordserie und dem erneuten Anlauf, ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD zu erreichen, ist es angebracht, daran zu erinnern und dafür Sorge zu tragen, dass etwas ähnliches nie wieder geschieht.

Laura Ede

## „Unter dem Strich haben wir immer eine Lösung gefunden“

Lorenz Caffier, Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, zieht im DP-Gespräch Bilanz

**Selten ging ein ereignisreicheres Innenministerkonferenz-Jahr zu Ende, als das unter Vorsitz des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, der 2013 turnusgemäß den Staffelstab an seinen niedersächsischen Amtskollegen Uwe Schünemann übergab. Wie nie zuvor in der Geschichte der IMK lösten Ereignisse um die NSU-Mordserie eine Diskussion über die Sicherheitsarchitektur in Deutschland aus, gerieten Verfassungsschutz, Polizei und Justiz in den Fokus der öffentlichen Diskussion, in der, so Lorenz Caffier: „... oft ausgeblendet wurde, was mit der Sicherheitsarchitektur in 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland erreicht worden ist“. Die Vermittlung zwischen den einzelnen Untersuchungsausschüssen, die Erfüllung ihrer Forderungen, zahlreiche Sonderkonferenzen und die Vorbereitung eines neuen Anlaufs für das Verbot der NPD drückten der IMK des Jahres 2012 ihren Stempel auf. DEUTSCHE POLIZEI sprach mit Innenminister Caffier.**

**Seit 1954, also seit fast 60 Jahren, arbeiten die Innenminister und -senatoren der Länder in der Innenministerkonferenz (IMK) zusammen. Der Bundesinnenminister nimmt an den Sitzungen teil. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den Ländern. Ist die IMK noch ein zeitgemäßes Instrument? Gibt es Verbesserungsvorschläge, ist die Amtszeit des Vorsitzenden zu kurz?**

**Caffier:** Auf der einen Seite: Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern kann. Auf der anderen Seite sage ich immer: Die IMK ist mit anderen Fachgremien im Vorbereitungs- und Durchführungsaufwand nicht vergleichbar. Die Amtszeit des IMK-Vorsitzenden sollte wirklich nicht länger als ein Jahr dauern, weil sonst die Belastung für das Vorsitzland aus dieser Tätigkeit zu groß wird. Ich habe Vorschläge zur Optimierung eingebracht. Ob diese sich durchsetzen, wird die Zeit zeigen. Ansonsten hat die Innenministerkonferenz einen Riesenvorteil gegenüber allen anderen Ministerkonferenzen und war deswegen schon immer ausgesprochen fortschrittlich: Wir haben das Einstimmigkeitsprinzip. Das heißt, wir müssen solange tagen, bis wir uns auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt haben. Das führt dazu, dass wir immer wieder einen Kompromiss finden müssen. Der ist nicht immer einfach zu erreichen, aber wir haben bis jetzt immer eine Lösung gefunden.

**Kommen die Themen, bei denen es zwischen den Ministern knirscht auf den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung und nur die einigungsfähigen auf den öffentlichen?**

**Caffier:** Grundsätzlich werden die politischen Entscheidungen vorher auf Beamtenebene bearbeitet und zur Abstimmung vorbereitet. Dann folgt 14 Tage vor jeder IMK die Arbeitsbesprechung der Staatssekretäre. Während der IMK folgen wir einer klaren Struktur der Sitzungsabläufe, die darauf ausgerichtet ist, einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Dazu gehört auch das sogenannte Kamingsgespräch, an dem nur die Minister und Senatoren teilnehmen. Soweit erforderlich findet am Vorabend der Plenarsitzung ein Einigungsgespräch zwischen dem IMK-Vorsitzenden und den jeweiligen Sprechern der SPD- und der CDU-Seite statt. Manchmal geht das Einigungsgespräch bis in die Morgenstunden. Aber die grundsätzliche Konstruktion ist schon praktisch.

**War das bei dem empfohlenen NPD-Verbotsverfahren der Fall? Man hatte so den Eindruck, dass es ein bisschen Gerükel gab.**

**Caffier:** Seit der Sonderkonferenz am 22. März 2012 gab es Befürworter und Kritiker zum NPD-Verbotsverfahren. Die Linie verlief jedoch nicht zwischen den Parteilagern.

So hatte mein Nachfolger Uwe Schünemann am Anfang größte Bedenken, ließ sich dann aber durch ein Gutachten von Richtigkeit, Notwendigkeit und Erfolgsaussichten eines NPD-Verbotsverfahrens überzeugen.

Letztlich stimmten alle Innenressortchefs für eine Empfehlung an die entscheidende Ministerpräsidentenkonferenz. Hessen und das Saarland gaben darüber hinaus eine Protokollnotiz ab.





**Waren Sie selbst denn immer ein glühender Verfechter des NPD-Verbotsantrages, oder teilen Sie auch die Skepsis, die Bedenken, die der Bundesinnenminister, Dr. Hans-Peter Friedrich, geäußert hat?**

**Caffier:** Ich war bei meinem Amtsantritt im Jahr 2006 sicherlich innerhalb der CDU der Einzige, der gesagt hat, wir sollten den Weg nach Karlsruhe noch einmal gehen. Gleichzeitig habe ich immer darauf verwiesen, dass, wenn man vor Gericht geht, nicht vorher weiß, wie das Urteil aussieht. Sie kennen ja den Spruch „Auf hoher See und vor Gericht ist man mit dem lieben Gott allein.“ Wir können es draußen niemandem erklären, dass wir uns zwar über die Verfassungswidrigkeit der NPD einig sind, aber genau das vom Bundesverfassungsgericht nicht feststellen lassen wollen.

**Worin liegt denn das besondere Drama, wenn ein NPD-Verbot scheitern würde?**

**Caffier:** Ein Drama wäre es nur dann, wenn wir wieder aus formalen Gründen scheitern würden, wie das im Jahr 2003 geschah. Das wäre das Schlimmste der denk-

baren Szenarien. Seinerzeit entschied das Bundesverfassungsgericht ja nicht in der Sache. Damals tauchten nach Klageeinreichung ja noch Quellen, genauer gesagt aktive V-Leute, in den Führungsgremien der NPD auf.

Die im letzten Jahr angefertigte Materialsammlung besteht ausschließlich aus öffentlich zugänglichen Quellen. Alle belastenden Argumente entstammen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, NPD-Reden und dem frei verfügbaren Internet.

Diesmal kann das Bundesverfassungsgericht in der Sache entscheiden. Ich bin da sehr optimistisch. Wir wollen jetzt Rechtssicherheit und nicht zukünftig Jahr für Jahr wieder eine Diskussion über ein mögliches Verbotverfahren mit allen Facetten hoch und runter.

**Wenn das Verbotverfahren Erfolg hat, und die NPD morgen verboten wäre, wie würde es für Sie als Landesinnenminister weitergehen? Haben Sie Pläne, nach dem Motto: Wow, jetzt starten wir durch? Was würde in der Praxis konkret passieren?**

**Caffier:** Das Verbot der Nationalsozialis-

tischen Partei löscht ja noch nicht das rechtsextreme Gedankengut aus den Köpfen der bisherigen Unterstützer. Die Programme, Präventionsprojekte etc., die wir zur Zeit durchführen, würden fortgesetzt und zusätzlich forciert. Daran ändert sich gar nichts. Unsere demokratische Gesellschaft in Gänze ist gefordert, sich mit dem rechten Gedankengut auseinanderzusetzen. Darüber hinaus gibt es ganz viele praktische Dinge, zumindest in unserem Land, die sich durch ein Verbot der NPD von heute auf morgen ändern würden. Mit Verlust der Immunität als Abgeordnete des Landtages könnten Polizei und Ordnungsbehörden in MV eine Reihe von Räumlichkeiten, die uns bis heute verschlossen sind, auf der Basis anderer Rechtsgrundlagen in Augenschein nehmen. Mir fallen da insbesondere Abgeordnetenbüros und sogenannte Schulungs- und Veranstaltungszentren ein. Wir gehen in vielen Fällen davon aus, dass dort die Brutstätten des braunen Gedankenguts sind, dürfen diese derzeit grundsätzlich aber nicht betreten. Viel wichtiger aber ist der Fakt, dass die derzeitigen rechtsextremen Strukturen von heute auf morgen von der staatlichen Par-

Anzeige

# IPOMEX®

■ 6<sup>th</sup> international  
police meeting  
and exhibition ■

16.-18. April 2013  
Münster

[WWW.IPOMEX.COM](http://WWW.IPOMEX.COM)



### Messebegleitende Veranstaltungen u. a.:

#### - DHPol-Seminare

- „Strategie und Taktik bei der Bewältigung von Einsatzlagen“
- CAN-Bus-Seminar

#### - Leitstellenkongress des Behörden Spiegel

### Erstmalig:

#### - Interaktive Erlebniswelten

- KRIFA  Fachtagung  
Kritische Infrastruktur am 18. April



UNTERSTÜTZT DURCH:



Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## INTERVIEW

teienfinanzierung abgeschnitten wären. Im Klartext: Die Bundesrepublik dreht ihren selbsterklärten Gegnern den Geldhahn zu. Die NPD finanziert sich derzeit zu einem sehr großen Teil durch den Steuerzahler. Damit wäre dann ein für alle Mal Schluss!

nichts gegen eine Organisation durch die demokratischen Jugendorganisationen, Vereine und Verbände, oder? Machen wir Demokraten das nicht, brauchen wir uns doch nicht wundern, dass junge Menschen die Angebote annehmen.

**Wiedereingliederungsprogrammen in die Gesellschaft. „Rechts“ hört man da wenig. Ist es schwierig, dafür zu kämpfen, insbesondere junge Leute aus der rechten Szene herauszulösen, was ja bedeutet, sich mit ihnen intensiv zu beschäftigen. Ist, wer**



Foto: hol

**Die NPD dümpelt zwischen 0,7 und 6 Prozent. Aber immerhin ist es ja gemessen an anderen Parteien durchaus ein beachtlicher Zuspruch aus der Bevölkerung. Was passiert, wenn denen so die politische Heimat genommen wird, wie immer die auch aussieht?**

**Caffier:** Ich denke, hier sind die bestehenden demokratischen Parteien gefragt. Und da meine ich alle – christliche, freie demokratische, sozialdemokratische, grüne, linke Kräfte und natürlich auch die Piraten und andere demokratische Wählergemeinschaften. Spiegeln wir noch das Anliegen und die Wünsche unserer jeweiligen Wähler? Treffen wir den Zeitgeist? Wenn Kinder gerne wieder an Zeltlagern teilnehmen möchten, bei denen morgens um sieben Uhr jemand das Horn bläst und nachts Schnitzeljagden stattfinden, spricht doch rein gar

Ich bin der Überzeugung, dass nicht alle Volksparteien versuchen sollten, in der Mitte der Gesellschaft Platz zu finden. Darunter leidet die Parteienvielfalt, die eine Errungenschaft unserer Bundesrepublik ist. Das Ein-Parteien-System hatten wir zur Genüge und wollen es auch nicht wiederhaben.

Es gab Zeiten, da stand die eine Partei für Innere Sicherheit, die andere mehr für Soziales und wieder eine andere für Umwelt, –heute versuchen alle, alles abzubilden. Eine Partei braucht eben Ecken und Kanten. Das hat die Menschen früher an Politik fasziniert, und wir sollten daran arbeiten, dass das wieder so wird. Nur dann entziehen wir dem braunen Spuk den Boden.

**Im Drogenbereich, in der Jugendkriminalität, für jugendliche Gewalttäter gibt es eine Fülle von Rückgewinnungs- und**

**sich den Rechten schlechthin widmet, schon abgestempelt? Warum gibt es so wenig Angebote?**

**Caffier:** Es gibt schon eine Reihe von Programmen. Trotzdem müssen wir neue Wege suchen und natürlich auch finden, um das Angebot noch attraktiver zu gestalten.

**Kritiker befürchten, dass ein Verbot der NPD lediglich dazu führen würde, dass sie unter anderen Namen erneut zusammenfindet, weil die Menschen ja nicht plötzlich nicht mehr da sind. Wie sehen Sie die Gefahr, dass auch die Sicherheitsbehörden Zugang oder einen Überblick verlieren, wenn diese Partei nicht mehr öffentlich auftritt? Wenn die Szene in den Untergrund abtaucht?**

**Caffier:** Ich sehe die von Ihnen beschriebenen Gefahren derzeit nicht. Die Sicher-



## INTERVIEW

heitsbehörden in der Bundesrepublik haben aus den Vorgängen rund um den NSU gelernt. Es ist ja nicht so, dass die Menschen einfach von der Bildfläche verschwinden. Im Gegenteil: Als Sicherheitsbehörden stellen wir uns auf die neue Entwicklung ein und werden dementsprechend reagieren. Alles in allem gehe ich bei einem Verbot von einer erheblichen Schwächung der rechtsextremistischen Szene aus.

**Es gibt Berichte, nach denen es Rechtsextremisten aufgrund des Nachwuchsmangels im ländlichen Raum leicht haben, Institutionen zu unterwandern, indem sie ehrenamtliche Aufgaben übernehmen. Bei der Feuerwehr, in Kindergärten und Schulen, zum Beispiel.**

**Caffier:** Sicher und in der Sache nachvollziehbar ist, dass sich im Umkreis der Orte, wo sich Leitfiguren der NPD niederlassen, auch Menschen finden, die den braunen Brandstiftern Gehör schenken. Das gilt für ländliche Räume genauso wie für Städte – gleich welcher Größe. Außerhalb des eigenen Bewegungsradius wird es für die NPD-Demagogen schon deutlich schwieriger, Anhänger zu finden.

Darüber hinaus müssen wir als offene Demokratie aber aufpassen, dass wir nicht demselben ideologischen Wahn verfallen wie die Rechtsextremisten. Nicht jeder, der anders denkt oder aussieht, ist auch ein Nazi ...

Nicht jeder Jugendliche, der sich heute den Kopf rasiert, ist auch ein Rechtsextremer. Wir brauchen dringend Nachwuchs in den Freiwilligen Feuerwehren. Sollen wir diesen Kahlkopf wegen seines Äußeren nicht in die Freiwillige Feuerwehr aufnehmen. Ich denke, auch diese Zeiten sollten überholt sein. Viele werden sich noch an die Anstößigkeit der Langhaarfisuren von Männern in den 70er- und 80er-Jahren erinnern. Man kann weder am Haarschnitt, noch an anderen Äußerlichkeiten erkennen, wes Geistes Kind jemand ist. Deswegen ist die allgemeine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus das Entscheidende.

Wir müssen den nachfolgenden Generationen klarmachen, dass es eben auch wichtig ist, für die Gesellschaft da zu sein. Dass es wichtig ist, Verantwortung zu übernehmen. Dass es durchaus auch wichtig ist, sich mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen und trotzdem klar Flagge zu zeigen. Lassen Sie uns noch einmal kurz auf die angesprochene Freiwillige Feuerwehr zurückkommen. Eine meiner ersten Amtshandlungen als Innenminister war der Erlass „Wehrhafte Demokratie“. In Mecklenburg-Vorpom-

mern kann damit z. B. kein freiwilliger Feuerwehrmann eine leitende Aufgabe übernehmen und niemand Ehrenbeamter werden, wenn er sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt.

**In den neuen Bundesländern erfährt die NPD nach ihren Wahlergebnissen größeren Zuspruch als in den alten Bundesländern; im ländlichen Raum hat sie mehr Zulauf als in den Großstädten.**

**Caffier:** Hier hilft ein Blick in das Geschichtsbuch. Im Osten brach nach der Wende der größte Teil der gesellschaftlichen Strukturen weg. Wir hatten ja nur die verordneten Vereine, die verordneten Institutionen und die verordneten Bedingungen. Im Westen hatte sich das Vereinsleben über Jahrzehnte kontinuierlich und vor allem frei entwickelt. Im Osten der Republik waren quasi über Nacht Hunderttausende Menschen arbeitslos. Im Westen war die Arbeitsmarktlage sicher nicht rosig, aber stabil.

Für die Menschen im Osten brach trotz der Freude über die Wende eine Welt zusammen, weil sie das Thema Arbeitslosigkeit gar nicht kannten. Dass Parolen wie „Ausländer nehmen uns den Arbeitsplatz weg“ in diesem Klima auf fruchtbaren Boden fielen, war eigentlich logisch und wurde von NPD, DVU und wie sie alle hießen, gnadenlos ausgenutzt. Unsere Aufgabe ist nun nach 20 Jahren immer noch, die Fehler von damals zu berichtigen – politisch, kulturell und gesellschaftlich.

**Haben rechte Gruppen in kleineren Dörfern und Gemeinden die Macht übernommen?**

**Caffier:** An dieser Stelle sage ich ganz klar und unmissverständlich NEIN! Das propagiert die NPD heute gerne und provoziert damit die demokratischen Kräfte. Die Macht haben sie ganz sicher nicht übernommen.

Es gibt einige wenige Dörfer und Gemeinden, in denen die Wahlergebnisse der NPD höher sind als anderswo. Gerade dort sind wir alle aufgefordert, uns besonders intensiv mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen.

**Was macht man gegen Gruppen, und die gibt es in Lüneburg wie in Dortmund, wie in Leipzig, die sehr massiv auftreten?**

**Caffier:** Es gab vor Jahren in Mecklenburg-Vorpommern eine rechtsextreme Kameradschaft unter dem Namen „Mecklenburgische Aktionsfront (MAF)“. Die zeigte unter anderem auch dieses Verhalten. Wir haben die Rechtslage



**TUL LOG** **3G**

Erfüllt die Anforderungen von:

- DIN EN 12195-1 Berechnung der Zwickkräfte
- DIN EN 12195-2 Zugkräfte aus Chemiefasern
- VDI-Richtlinie 2700 Ladungssicherung auf Straßentransporten
- Zertifiziert nach TUL-LOG 01-2012

PATENT PENDING

# Gespannt?!

Effizienter beladen durch perfekte Ladungssicherung.  
Für die Ermittlung der optimalen Spannkraft.

**Ruthenbeck**

- Zurrgurtschlingen, Ladungssicherung
- Karabinerhaken, Schäkel, Kauschen
- Drahtseilklemmen, Spannschlösser
- Kistenbeschläge, Schlossriegel
- Hebezeuge

[www.ruthenbeck.de](http://www.ruthenbeck.de) Ruthenbeck GmbH • Aprilker Weg 15 • 38675 Hemer  
Info@ruthenbeck.de Tel. +49 (0)2372/9094-0 • Fax +49 (0)2372/9094-50

Hier werden Vorspannkraft

### Ihre Vorteile:

- Handlich
- Leicht zu bedienen
- Sofortige Ergebnisse
- Für 35mm- und 50mm-Spanngurte
- Kostengünstig
- Sehr robust
- Leicht ablesbar
- Leicht zu verstauen

Für eine entspannte Fahrt – sprechen Sie uns an.

geprüft und die MAF anschließend gerichtsfest verboten. Das ging sehr schnell. Der Gesetzgeber stellt uns die juristischen Werkzeuge dafür zur Verfügung, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Zu diesen Werkzeugen gehört im Übrigen auch die Möglichkeit eines Parteienverbots nach Art. 21 GG.

**Wie erklären Sie sich, dass unsere europäische Nachbarn, darunter alte Demokratien, mit einem – ausweislich der Wahlergebnisse dort – wesentlich höheren Anteil an Rechtsextremisten offenbar locker zurechtkommen? Sind wir übersensibel?**

**Caffier:** Auch an dieser Stelle empfehle ich wieder einen Blick in das bereits erwähnte Geschichtsbuch. Mit den zig-Millionen Toten, dem Holocaust, verursacht durch das NS-Regime, trug Deutschland sein gutes kulturelles Fundament, seine Tradition der Dichter, Denker, Ingenieure und Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts fast zu Grabe.

Und nur aus diesem Grund sind wir ganz sicher nicht übersensibel – und das ist richtig so. Unsere Nachbarn haben sicher auch Kriege geführt. Niemals war jemand jedoch so grausam wie das NS-Regime.

Wenn die NPD nun ankündigt, die Hilfe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Anspruch zu nehmen, ist das der untaugliche Versuch des äußerlichen Wandels vom Saulus zum Paulus. Ich vertraue darauf, dass der EuGH sich

**Rechtsextremismus nicht sensibel genug?**

**Caffier:** Als Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann ich hier nur für die meinem Haus nachgeordneten Sicherheitsbehörden sprechen. Wir waren und sind immer bemüht, Extremismus als Ganzes zu betrachten. Und der besteht nicht nur aus Rechtsextremismus, sondern eben auch aus Linksextremismus, Terrorismus, Islamismus, Salafismus und den verschiedenen anderen neu hinzukommenden Strömungen. Wir kämpfen an all diesen Fronten gleichermaßen intensiv. Da ist keiner auf irgendeinem Auge erkrankt, geschweige denn erblindet. Es ist für mich auch erschütternd, wie zum Teil auch verletzend mit der Arbeit von Mitarbeitern umgegangen wird. Niemand will Rechtsextremisten oder gar Mörder schützen. Ich halte den derzeitigen Weg für einen guten und richtigen. Wir brauchen eine sachgerechte Aufarbeitung. Das geschieht unter anderem durch die Untersuchungsausschüsse in anderen Ländern und im Bundestag. Wir brauchen eine Optimierung der Informationswege. Dazu haben wir Innenminister auf der letzten Herbstkonferenz in Warnemünde einen Beschluss gefasst. Jetzt heißt es, diesen auch umzusetzen.

**Sind denn alle Bundesländer einschließlich der Stadtstaaten überhaupt aufgrund ihrer unterschiedlichen Größe und Finanzkraft in der Lage, jeweils einen eigenen funktionsfähigen Verfassungsschutz zu**

mich auch Suche nach technischen und intellektuellen Ressourcen. Optimierung führt in diesem Zusammenhang nicht an einer Spezialisierung vorbei.

Nicht jedes Land kann bei steigendem Kostendruck noch alle Leistungen allein vorhalten. Als Beispiele fallen mir da z.B. kriminaltechnische Fähigkeiten ein. Ich kann mir durchaus eine Spezialisierung der Labore der einzelnen Bundesländer vorstellen. Ähnliche Ressourcen sehe ich im Bereich der Datenstrom- und Telekommunikationsüberwachung. Im Zeitalter von iPhone, iPad und Co. müssen wir beginnen, über die Ländergrenzen hinweg zu arbeiten, zu denken und zu handeln. Auch die Gefahrenabwehrgesetzgebung sehe ich als großes Potenzial an, ohne gleich den Föderalismus in Frage zu stellen. Wir sollten über eine Vereinheitlichung der Polizeigesetze nachdenken.

**Sie sind also ein starker Unterstützer der uralten GdP-Forderung nach einem bundeseinheitlichen Polizeigesetz?**

**Caffier:** Ich weiß nicht, ob es eine uralte Forderung der GdP ist ...

**... nachgewiesenermaßen.**

**Caffier:** ... aber ich kann mich durchaus damit anfreunden, dass wir bei gewissen Parametern eine einheitliche Gesetzeslage haben, egal, ob wir über TKÜ reden, über den Einsatz von verdeckten Ermittlern, über SEK oder Verkehrskontrollen. Wir



*Junge Neonazis raufen sich in vielen Orten Ostdeutschlands zusammen.  
Foto: Patrick Pleul/dpa*

davon nicht blenden lässt und die Geschichte Deutschlands eine deutliche Beachtung findet. Wehret den Anfängen!

**Wie geht es Ihnen, wenn im Zuge der NSU-Aufarbeitung Politiker sagen, die Sicherheitsbehörden seien auf dem rechten Auge blind oder in der Erkennung von**

**unterhalten? Sollte man Mindeststandards definieren und dort, wo sie nicht erfüllt werden können, über Kooperationen reden?**

**Caffier:** Optimierung der Arbeit der Sicherheitsbehörden heißt ja nicht nur Verbesserung der Informationswege zwischen den einzelnen Behörden im föderalen Sicherheitsgefüge. Optimierung heißt für

machen alle das Gleiche. Kein Minister will weder den Täter entweichen lassen noch den Polizisten gefährden. Eine einzige Polizei unter Bundesführung lehne ich aber ab.

**Halten Sie eine bundesweite V-Leute-Datei für eine gute Idee, oder wird sie nicht die Gewinnung von Informanten er-**



## INTERVIEW



**Den sogenannten Staffelstab zum Wechsel an der Spitze der „Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ (IMK) übernahm Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann (r.) am 8. Januar in Hannover von seinem Vorgänger Lorenz Caffier.**

*Foto: Holger Hollemann/dpa*

**schweren? Werden die nicht denken: Wenn ich dem da, den ich kenne, was erzähle, dann bin ich gleich in einer bundesweiten Datei, und wer weiß, wer da alles reinguckt?**

**Caffier:** Die Diskussion der letzten Wochen führt auf jeden Fall nicht dazu, dass sich diese Situation vereinfacht. Und trotzdem: Aus eigenen Erfahrungen und den Erfahrungen der anderen können wir in einem föderalen System wie der Bundesrepublik nicht so verfahren, dass der eine vom anderen nichts weiß und in einem Hause aus vier Ländern vier Leute sitzen und jeder genau das Gleiche macht. Der Kreis der Zugriffsberechtigten für eine entsprechende Datei muss begrenzt werden und der Schutz der Informanten gewährleistet sein. Daher ist die V-Leute-Datei ein richtiger Schritt, aber das Gewinnen von V-Leuten wird schwieriger.

**... drei freie Wünsche für die Innere Sicherheit:**

**Caffier:** Der eine ist, dass wir möglichst von terroristischen Aktionen verschont werden. Aber das zu erreichen, sollte keiner auf die leichte Schulter nehmen.

Zweitens: Dass meine Kolleginnen und Kollegen in der Politik nicht immer nur erklären, dass Polizei wichtig ist, sondern daran auch denken, wenn es um die Finanzierung dringend benötigter Planstellen geht.

Drittens würde ich mir wünschen, dass die Industrie ihre Einflüsse bei der Ausstattung der Polizeibeamten zur Erfüllung ihrer wichtigen, jedoch nicht immer ungefährlichen Aufgaben (Fahrzeuge, Wasserwerfer etc).

nicht derart ausnutzt, dass wir in Kürze nur noch die Hälfte von dem bekommen, was wir noch vor fünf Jahren für das gleiche Geld erhalten haben. Die Preisexplosion ist unglaublich, das kann kein Land auf Dauer durchstehen. Bei der Feuerwehr kann ich das schön an der Drehleiter erklären: 2006, das ist ja noch nicht so lange her, da kostete die Drehleiter 330.000 Euro. Die gleiche Drehleiter kostet heute ca. 600.000 Euro, hat ein paar Lämpchen mehr, aber vom Grundsatz ist sie die gleiche wie vor sechs Jahren. Wer soll denn das aufbringen? Die Halbgruppenfahrzeuge von Bundes- und Landespolizei haben 30.000 Euro gekostet und kosten jetzt 67.000 Euro. Und in den letzten zehn Jahren ist der Haushaltsansatz im Bundeshaushalt für die Bereitschaftspolizeien der Länder noch mal um ein Drittel gesunken. Das heißt, ich habe nicht nur die Hälfte der Fahrzeuge, von denen, die mal geplant waren, sondern noch weniger. Damit muss Schluss sein.

**Vielen Dank Herr Minister.**

*Das Gespräch führte DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek.*

# HEROES WEAR HAIX



## BLACK EAGLE® TACTICAL 20 LOW

**Der sportliche Allrounder mit innovativer Laufschuhtechnologie**

- > Leicht, dynamisch & multifunktional
- > Extrem rutschfest
- > Hoch atmungsaktiv
- > Dauerhaft wasserdicht
- > Auch erhältlich als Mikrofaser/Textil Schuh – BLACK EAGLE® Athletic 10 Serie

Besuchen Sie uns ...

**IWA 2013**

Nürnberg, Halle 4, Stand 4-313

**Qualitätsschuhe für Feuerwehr, Rettungsdienst, Security, Jagd, Workwear und Freizeit**

HAIX®-Schuhe  
Produktions- und Vertriebs GmbH  
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg  
T. +49 (0) 87 51/86 25-0, info@haix.de

**www.haix.com**

# Intensiver Meinungsaustausch zu aktuellen Kriminalthemen

Die Expertenrunde unter Vorsitz des saarländischen Kollegen Norbert Meiners, an der sowohl Oliver Malchow als für Kriminalpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands wie GdP-Justiziar Sascha Braun, Abteilungsleiter Rechts- und Kriminalpolitik, teilnahmen, hielt es für notwendig, alsbald grundsätzliche Positionen zum Thema Jugendkriminalität zu Papier zu bringen. Dabei soll unter anderem der Rückzug mancher Bundesländer aus einigen Präventionsprojekten kritisch aufgegriffen werden. Präventionsarbeit, so stellten Meiners und Malchow klar, bleibe ein wichtiger Aspekt polizeilicher Arbeit.

## Ziercke mit klaren Worten

Von der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA) berichtete GdP-Justiziar Sascha Braun. Die Rede des BKA-Präsidenten Jörg Ziercke habe sich vor allem dadurch ausgezeichnet, dass er trotz des unumwundenen Einräumens von Fehlern gleichzeitig der polemischen Zuspitzung eines Kompletversagens der deutschen Sicherheitsbehörden beim NSU-Komplex entgegengetreten sei. Ziercke habe verdeutlicht, dass es keinen entscheidenden Einzelfehler und auch keine politisch-ideologisch motivierte Verharmlosung der rechtsextremen Netzwerke gegeben hätte. Im Anschluss an den kurzen Bericht präsentierten die Kollegen Malchow und Braun die Eckpunkte eines von der AG Verfassungsschutz und der Abteilung Rechts- und Kriminalpolitik formulierten GdP-Positionspapiers zum Themenkomplex NSU und Verfassungsschutz. (Hinweis der Red.: Das GdP-Positionspapier „Den Verfassungsschutz stärken. Parlamentarische Einflussmöglichkeit verbessern. Das Vertrauen zurückgewinnen.“ wurde Ende Januar 2013 in der Berliner Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.)

## Senioren als Täter und Opfer

Breiten Raum nahm das Thema Seniorensicherheit im Kreise des BFA Kripo ein. Zunächst wurde das Vorhaben eines konkreten Präventionsprojektes geschildert. Hierbei ging es um die Idee, dass ehemalige Polizeibeamte Seniorinnen und Senioren, insbesondere in den

**Eine randvolle Tagesordnung hatte sich der GdP-Bundesausschuss Kriminalpolizei (BFA Kripo) für seine November-Sitzung 2012 in der Berliner GdP-Geschäftsstelle beschert. Themen der Jugendkriminalität, des Rechtsextremismus und -terrorismus, die Seniorensicherheit sowie die neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie regten zu intensiven Erörterungen und Beratungen an.**

dünn besiedelten Gebieten Deutschlands, in den dortigen Freizeit- und kulturellen Einrichtungen aufsuchen könnten, um



**Intensive Beratungen um aktuelle Themen der Kriminalpolitik: der BFA Kripo bei der Arbeit Foto: Zielasko**

Grundwissen über präventives Verhalten vor Kriminalitätsgefahren zu vermitteln. Ergebnis der darauffolgenden lebhaften Debatte war die Empfehlung der Kripo-Kolleginnen und -Kollegen an den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, sich im Rahmen einer Fachtagung mit dem Thema „Seniorinnen und Senioren als Opfer und Täter von Kriminalität“ zu beschäftigen. Es sei, so der BFA, aus gewerkschaftspolitischen Gründen notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, welchen spezifischen Kriminalitätsrisi-

kofaktoren Seniorinnen und Senioren ausgesetzt sind, um sowohl polizeiliche Handlungsstrategien zu erörtern und darauf aufbauende GdP-Forderungen zu schaffen. Zudem müsse geklärt werden, welche ermittlungstechnische und soziale Kompetenz in den Polizeibehörden vorgehalten werden müsse, um mit dem Phänomen „Seniorinnen und Senioren als Opfer und Täter von Kriminalität“ professionell umgehen zu können. Auch die Schaffung eines speziellen Seniorenstrafrechts könne sich angesichts einer älter werdenden Gesellschaft analog zum Jugendstrafrecht anbieten; ein Seniorenstrafrecht, das auf die mit dem Alterungsprozess verbundenen und häufig vorkommenden geistigen Rückentwicklungsprozesse eingeht.

## Intensive Beobachtung

Ein lebhafter Meinungsaustausch entzündete sich an der neuen EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie. Insbesondere Fragestellungen der Vorverlagerung der Strafbarkeit in den Vorbereitungsbereich sowie praxisrelevante Überlegungen nach der Notwendigkeit strafrechtlicher Vorgehens spielten darin eine wesentliche Rolle. So wurde die Ausweitung der Bestrafung des besitzlosen Konsums von Kinderpornographie aus praktischen Erwägungen kritisiert. Vor allem das bloße Anschauen eines Bildes ohne Speicherung auf einem Rechner erscheine als kaum verfolgbar, zumal das Verwischen von tatrelevanten Spuren durch Löschen des Arbeitsspeichers eines Rechners denkbar einfach sei. Das Vorhaben, künftig jede sexualbezogene Kontaktaufnahme zu einem Kind mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie strafbar zu machen, wurde dagegen von den GdP-Kripoexperten als grundsätzlich positiv betrachtet. Probleme ergäben sich unterdessen in der Abgrenzung zu straflosem Verhalten, denn bereits der Versuch zu einem sexualisierten Kontakt zwischen Erwachsenem und Kind solle strafbar werden. Die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Strafrecht, so der BFA Kripo, müsse intensiv beobachtet werden und rechtzeitig insbesondere praxisrelevante Anmerkungen oder Verbesserungsvorschläge eingebracht werden.



## Nationales Waffenregister: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht

**Die Begeisterung auf Ministerebene zum Start des Nationalen Waffenregisters können die Sachbearbeiter bei den örtlichen Waffenbehörden nicht teilen: sie befürchten das totale Chaos. Grund: eine Überregulierung, die selbst ausgewiesene Waffenfachleute ratlos lässt. Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht.**

Was war die Begeisterung bei Politikern und Medien groß, als am 19. November 2012 der offizielle Start des Waffenregisters zum 1. Januar 2013 verkündet wurde. Auch die GdP äußerte sich erfreut, schließlich ist das Register ihr eigenes Kind. Zunächst von der Politik ungeliebt: Der GdP-Vorschlag aus den frühen 2000er Jahren wurde als unnötig und viel zu teuer rundheraus abgelehnt. Die Amokläufe von Erfurt und Winnenden – obwohl durch ein solches Register keineswegs zu verhindern, auch wenn dies Gutmeinende immer wieder beteuern – leiteten ein Umdenken ein, bis schließlich die Anforderungen der EU-Waffenrechtsrichtlinie von 2008 den Errichtungsbeschluss unumgänglich machte: bis 2014 müssen

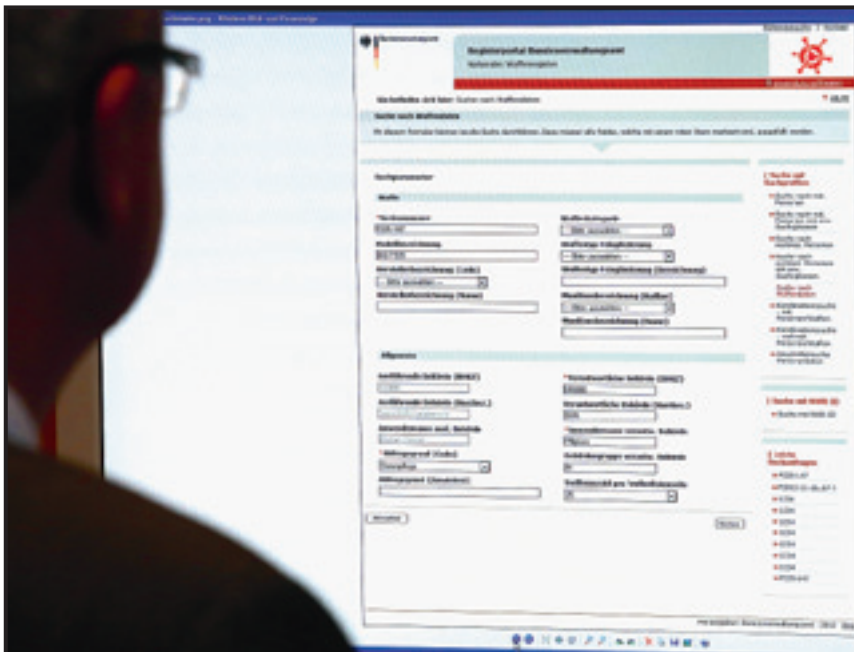
die EU-Mitgliedsstaaten ein solches nationales Register vorhalten.

Jetzt ist der EU-Musterschüler, die Bundesrepublik Deutschland, schon 2013 soweit, und Fachleuten schwant schon, dass das Ganze die hohen Erwartungen nicht erfüllen kann. Dazu muss man sich auf die Niederungen der Arbeitsebene

begeben. Eines der Vorzüge des Registers sollte es ja sein, dass die bislang genutzten zum Teil fantasievollen Gattungsbezeichnungen von Schusswaffen einheitlich festgelegt werden sollten. Bis dato fanden die über 550 Waffenrechts-



Foto: CHROMORANGE/Christian Ohde/dpa



**Ein Mitarbeiter des Bundesverwaltungsamtes, der zentrale Dienstleister des Bundes, demonstriert Mitte November 2012 auf einer Pressekonferenz in Berlin die Funktionsweise des Nationalen Waffenregisters. Zuvor wurden die Medien vom Bundesinnenminister und dem Chef des BKA über den aktuellen Stand beim Aufbau des von der EU geforderten Nationalen Waffenregisters informiert.**

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

behörden nichts dabei, ein- und dieselbe Gattung unter verschiedenen Begriffen zu notieren. Eine Stichprobe ergab, dass z.B. ein Winchester Modell 1894 Gewehr gleich unter vier verschiedenen Gattungsbezeichnungen (Unterhebelrepetierer, Repetierer, Lever-Action-Büchse, Gewehr) eingetragen wurde. Was das bei einer Online-Recherche für Verwirrungen auslöst, lässt sich leicht ausmalen.

Daher haben sich die Fachleute nun jahrelang Gedanken gemacht, wie man dies vereinheitlichen könne. Sie haben ganze Arbeit geleistet, sind dabei aber – wie zu befürchten steht – weit übers Ziel hinausgeschossen. Herausgekommen ist nämlich eine Festlegung auf Gattungsbegriffe, die viel zu sehr ins Detail geht und somit droht, völlig unpraktikabel werden. Beispiel: ein Jäger will eine Selbstladebüchse anmelden. Dieser Begriff als solcher ist zu finden, aber er reicht nicht für die im Register geforderte Festlegung aus, weil es noch weitere Untergruppen gibt:

Selbstladebüchse mit einsteckbarem Magazin, eine solche mit fest eingebautem Magazin, eine weitere mit einem Magazin bis zu zwei Patronen, eine weitere mit



einer Kapazität über zwei Patronen.

Wenn nun aber, was in den allermeisten Fällen so ist, für die Sachbearbeitung nur die schriftliche Abmeldung vorliegt, muss der Kollege oder die Kollegin raten, um was es sich tatsächlich handelt. Aus der Modellbezeichnung kann, aber muss keineswegs die richtige Gattungsbezeichnung hervorgehen, ganz abgesehen davon, dass derlei spitzfindige Unterteilungen auch das waffentechnische Wissen so mancher Sachbearbeiter schlicht überfordert. Die Kolleginnen und Kollegen haben es schon mit dem technisch sehr anspruchsvollen Thema „Waffen“ schwer genug, sie müssen aber notwendigerweise angesichts der Vielzahl unterschiedlichster Modelle „Generalisten“ sein. Eine so ins Detail gehende Rubrizierung werden viele vor Ort nicht gewachsen sein.

Genau das aber gefährdet den Sinn des Waffenregisters: wenn beispielsweise nach der Spurenlage an einem Tatort nach einem bestimmten Waffentyp gesucht wird, kann das Waffenregister eine wirkliche Hilfe nur dann sein, wenn das Online-Recherche-Ergebnis auch tatsächlich alle entsprechenden eingetragenen Waffen auflistet. Wenn diese Liste aber aufgrund von praktisch unvermeidlichen Fehleintragungen unvollständig oder gar falsch ist, ist das Waffenregister als Recherche-Hilfe nur noch bedingt tauglich.

Ein weiteres Problem macht der Arbeitsebene vor Ort Sorgen: die Datensicherheit. Diejenigen Behörden, die aufgrund ihrer Funktion ohnehin so genannte sichere Verbindungen nutzen wie zum Kraftfahrtbundesamt oder zu den Einwohnermeldeämtern, können dies natürlich auch beim Waffenregister tun; aber es ist die Frage, ob auch alle der bisherigen rund 550 Waffenbehörden über solche sicheren Verbindungen seit Jahresbeginn verfügen – und wenn nicht, was dann?

Bleibt die prinzipielle Frage: ist das Datennetz der Polizei oder der übrigen zuständigen Behörden überhaupt ausreichend gegen Hackerangriffe geschützt? Schließlich geht es hier um sehr heikle Informationen: wer das Waffenregister „knackt“, kann sich praktisch frei Haus aussuchen, was er an Waffen stehlen oder rauben will. Da hilft auch die sichere Aufbewahrung (übrigens auch nicht zentral in Schützenhäusern) nicht wirklich weiter, weil keine technische Sicherung entschlossene Täter aufhalten kann.

W. Dicke

## Im Spannungsfeld zwischen Beratung und Bestechung

**Interessenwahrnehmung ist seit Menschengedenken ein zentrales Anliegen in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft, ob als Individuum oder in Gemeinschaft mit anderen. Nach biblischer Vorstellung begann das schon gleich nach der Erschaffung des Menschen. Man denke an den Apfelklaus im Paradies, mit dem Eva und Adam ihre Interessen gegen den Willen ihres Schöpfers durchsetzten.**

Interessen-Erforschung, ihre Wahrnehmung und ihre Durchsetzung sind deshalb zu zentralen Begriffen auch in der Politikwissenschaft geworden. Soweit sich die Einflussnahmen auf Regierung und Gesetzgebung beziehen, hat sich als Synonym der mittlerweile etwas anrühlich klingende Begriff des Lobbyismus eingebürgert. Dafür sorgten auch immer wieder Skandale bis in die jüngste Zeit.

So werden im deutschen Gesundheitswesen enorme Summen umgesetzt. In 2010 haben die gesetzlichen Krankenkassen 166 Milliarden Euro ausgegeben. Ein solcher Etat weckt Begierden. Der jüngste Fall von illegalem Lobbyismus

machte deswegen im vorigen Dezember Schlagzeilen: Staatsanwaltschaft und Polizei in Berlin durchsuchten Wohnungen und Büros nach Beweismaterial dafür, welche vertraulichen Dokumente des Bundesgesundheitsministeriums durch einen IT-Angestellten an einen Lobbyisten der Pharmazie gegangen sind. Diese Ermittlungen laufen unter „Ausspähen von Daten“ und „Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz“.

### Politischer Lobbyismus

Beim Deutschen Bundestag wird seit

## Lobby, Latrinen und Dekadenz

Der Begriff Lobby und die davon abgeleiteten politischen Begriffe stammen aus dem Englischen. Die Lobby ist der Vorraum, die Wandelhalle vor dem Plenarsaal mit seinen gegenüberliegenden, altherwürdigen Sitzreihen im britischen Unterhaus in London, in dem die Abgeordneten ihre Debatten führen und über Gesetze abstimmen.

In der Lobby bot sich Personen die Möglichkeit, die Abgeordneten zu sprechen, Petitionen zu überreichen oder andere Anliegen vorzubringen. Das geschah früher eher der Stehparty eines Herrenclubs, in dem man gepflegte Konversation betrieb. Heute gehen Lobbyisten anders und oft verdeckt vor.

Von den alten Römern ist überliefert, dass Senatoren und Bürger schon mal im lokus (lat.= Ort) auf Latrinen sitzend Absprachen über die „res publica“ (= öffentliche Sache) getroffen haben. Daher

soll auch der heute noch gebräuchliche Kraftausdruck von der Sch...hausparole stammen.

Eine andere Überlieferung besagt: Ehe die Mitglieder des Senats (= Leitungsgremium des römischen Weltreiches) ihren Sitzungssaal erreichten, mussten sie in ihrer wallenden und gerafften Tunika über eine große Freitreppe schreiten. Diesen Weg nutzten Bürger, um sich zu Senatoren zu gesellen und sie im Sinne ihrer Anliegen zu beeinflussen. Ob nur mit Argumenten oder auch mit Vorteilsversprechungen, dazu schweigt die Historie.

Einig aber sind sich viele Geschichtswissenschaftler darüber, dass das römische Weltreich an der Dekadenz der Mächtigen zerbrochen ist. Und dazu gehören Macht- und Geldgier, Verfall, Entartung, sittlicher und kultureller Niedergang mit Korruption und Intrigen.





## LOBBYISMUS

1972 eine öffentliche Liste geführt, in die sich Verbände eintragen lassen, die sich für ihre Mitglieder gegenüber Regierung und Parlament einsetzen wollen. (<http://www.bundestag.de/dokumente/lobbyliste/index.html>) Damit soll erreicht werden, dass auch deren Initiativen aus einem verdeckten und ominösen Dunstkreis in einen transparenten Vorgang gehoben werden. Mehr als 2000. Nichtregierungsorganisationen (NGO = Non-Governmental Organization) haben sich mit ihrer Struktur, ihren Vertretern und ihren Zielen dort registrieren lassen (Stand: 2012).

Das fängt an bei A wie Arbeitgeberverband, geht über D wie Deutscher Gewerkschaftsbund, G wie Gewerkschaft der Polizei (GdP) und endet bei Z wie Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe. Es sind also organisierte Interessen aus dem Wirtschaftsleben, aber ebenso aus dem Sozialbereich, aus Freizeit, Religion, Kultur und Wissenschaft. Sie spiegeln den gesamten Pluralismus unseres Gesellschaftssystems wider. Und das nicht nur in Berlin oder den Landeshauptstädten, sondern

auch auf EU-Ebene, wo es ein adäquates „Transparenzregister“ seit 2011 gibt.

### Arbeitsweise

So haben sich Fachgremien neben den gewählten Parlamenten und Regierungen etabliert. Ihre Vertreter, die auch Senior Consultant oder Public-Affairs-Direktor genannt werden, knüpfen Kontakte, sammeln Informationen, werten sie aus, koppeln sich zurück zu ihren Auftraggebern, initiieren Meinungsforschung, mobilisieren Medien und Öffentlichkeit, wenn es opportun erscheint. Sie sind Netzwerker, die immer ihr Ziel im Auge behalten, Gesetzesvorhaben oder andere politische Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In vielen Bereichen des immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen Lebens sind solche Hilfestellungen auch erwünscht, ja sogar erforderlich. Denn besonders in Parlamenten sitzen Menschen, die zwar von Vielem etwas wissen.

Sie sind aber in der Regel Generalisten.

Wenn es dann um ganz diffizile Probleme geht, sollen und müssen sie sich Rat bei Experten holen. Der wird gerne von Lobbyisten angeboten. Sie werden auch in offizielle Beiräte oder Kommissionen berufen, die von Ministerien oder vom Parlament auf Dauer oder projektgebunden eingerichtet werden. Die im Artikel 9 GG verankerte Vereinigungsfreiheit gewährt ausdrücklich auch den Lobbyverbänden Grundrechtsschutz. Wegen ihrer zunehmenden Einflussmöglichkeiten werden sie schon als „5. oder 6. Gewalt“ in unserem parlamentarischen Regierungssystem eingestuft. Aber auch die sachkundigste Zusammenarbeit von Politikern und Experten bringt nicht immer den gewünschten Erfolg: Trotz größter Bemühungen von vielen Seiten schwelt seit fünf Jahren die Schulden- und Finanzkrise. Wirtschaftswissenschaftler liefern auch kein Allheilmittel gegen globale Zockerei und Geldgier, gegen finanzielle Manipulationen und Betrügereien. Allein mehr staatliche Kontrolle der Marktteilnehmer kann vielleicht Abhilfe schaffen. Aber wie kann die installiert werden? >

Anzeige



**„Der DGB  
Rechtsschutz  
hat mich bestens  
vertreten.“**

**DGB  
Rechtsschutz GmbH**

**Die kompetente Rechtsberatung für Mitglieder der GdP**

Sie schützen die Bürger, und wer schützt Sie? Für alle Fragen rund um Ihren Rechtsschutz sind wir für Sie da. Mit mehr als 370 qualifizierten Juristinnen/Juristen in bundesweit 111 Büros beraten wir Sie gerne und ausführlich zu den Themen:

- Dienstliche Beurteilung, Beförderung, Besoldung, Versorgung
- Dienstunfallrecht, Disziplinarrecht, Beihilfe
- Bewerbungsverfahrenanspruch, Konkurrentenklagen

**Wir sind Ihre Spezialisten für  
Arbeits-, Sozial-, und Beamtenrecht  
und helfen Ihnen umgehend.**  
Wenden Sie sich an eines unserer  
Büros oder schreiben Sie uns direkt:  
[www.dgbrechtsschutz.de/kontakt](http://www.dgbrechtsschutz.de/kontakt)

**GEMEINSAM. ZIELE. ERREICHEN. [www.dgbrechtsschutz.de](http://www.dgbrechtsschutz.de)**



## Kritik

Beklagt wird vor allem anderen die unterschiedliche Finanzausstattung der Interessenverbände. Eine Bürgerinitiative kann verständlicherweise nicht so viel Geld für Lobby-Arbeit einsetzen wie ein Industrieverband. Und wo viel Geld vorhanden ist, wird nicht zu Unrecht auch Korruption vermutet. Ein solch übles Beispiel deutet sich gerade an: Ein früherer

österreichischer Minister und jetzt konservativer EU-Abgeordneter sieht einer Anklage wegen Bestechlichkeit entgegen. Er soll britischen Journalisten, die sich als Lobbyisten ausgaben, versprochen haben, die EU-Gesetzgebung für ein jährliches Honorar von 100.000 Euro zu beeinflussen. Eine solche Anklage würde in Deutschland wohl ins Leere laufen, denn der BGH hat schon 2006 festgestellt, dass die jetzt geltenden Bestimmungen zur Abgeordneten-Vorteilsnahme praktisch bedeutungslos sind und nur symbolischen Charakter haben. Ein Ärgernis wird auch darin gesehen, dass wohl an die 70 Lobbyisten direkt in Bundesministerien angestellt sind. Anders herum: 2011 wechselten 13 Spitzenpolitiker des Bundes (ab Staatssekretär) direkt in gutdotierte Posten der Wirtschaft. Auch wenn sie nicht als offizielle Lobbyisten anzusehen sind, baut doch ihr neuer Arbeitgeber auf die vorherige Konnexion zur Politik.

Das Sponsoring von Parteiveranstaltungen wird ebenso als Eintrittsgeld für Machtteilhabe angesehen.

Wirksamere Paragraphen könnte die Umsetzung der bereits von Deutschland akzeptierten „Anti-Korruptions-Konvention“ der UNO schaffen. Das aber scheiterte bisher daran, dass keine juristisch klaren Formulierungen gefunden wurden, die eine deutliche Abgrenzung vom erlaubten zum unerlaubten Lobbyismus ermöglichen. Wo ist die Grenze zu ziehen zwischen der Einladung eines Verbandes zum Empfang mit Büfett und „Hintergrundgesprächen“, wo vielleicht dicke Briefumschläge die Besitzer wechseln? Die strengen Regeln, denen normale Beamte unterworfen sind, wollen die Skeptiker einer neuen Gesetzesinitiative keineswegs übernehmen. Weshalb eigentlich nicht?

Dennoch: Nicht nur viele Politiker, sondern sogar weltweit operierende deutsche Konzerne sind an einer klaren Gesetzgebung interessiert. Denn Bestechung im In- und Ausland ist ein Ausgabenfaktor, der nicht mehr als „nützliche Aufwendungen“ von der Steuer abgesetzt werden kann. Im Auftrage der Justizminister-Konferenz arbeitet der NRW-Justizminister gegenwärtig an einer Gesetzesinitiative des Bundesrates, mit der eine Bestechung von Abgeordneten strafrechtlich besser belangt werden kann.

sie sich zum Ziel, materiell ausgerichteten Lobbyismus und Sponsoring, die Parteienfinanzierung und die Abgeordneten-Nebeneinkünfte transparenter zu machen und deren Auswüchse öffentlich anzuprangern. Die Mitglieder stellen Recherchen an, veranlassen wissenschaftliche Analysen und setzen die Ergebnisse in Kampagnen und Infoschriften um, die auch öffentlichen Druck erzeugen sollen.

Die Verleihung des Negativpreises „Lobbykratie-Medaille“ für undemokratische Lobbyarbeit dient dem gleichen Zweck.

Seit Anfang 2006 besteht LobbyControl als gemeinnütziger Verein. Die Arbeit wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Stiftungszuwendungen. Öffentliche Mittel werden nicht in Anspruch genommen. 2011 wurde das 1.000 Mitglied registriert. Der letzte Jahresetat umfasste Einnahmen von 241.000 Euro.

Von einer originellen Idee des Vereins kann sich jeder Berlin-Besucher überzeugen: Es werden unter dem Stichwort „LobbyPlanet“ Führungen durch das Regierungsviertel angeboten und dabei geht es mit sachkundigen Erklärungen vorbei an Adressen von Lobbyverbänden.

Insoweit sind die Akteure ebenfalls Lobbyisten, allerdings solche mit altruistischen Zielen. In Zeiten des Egoismus und des Individualismus ein lobenswertes Engagement.

## Spannungsverhältnis

Regierungsmitglieder und Abgeordnete sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Die einen durch ihren Amtseid (Art. 64 GG), die anderen als „...Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ (Art. 38 GG).

Lobbyisten dagegen haben meistens materielle Partikularinteressen ihrer Auftraggeber wahrzunehmen.

In diesem Spannungsfeld agieren die Politakteure beider Seiten. Das kann bei klaren Regeln und mit entsprechender Transparenz zum Nutzen der Gesellschaft sein. Daran mangelt es. Ob sich in dieser Legislaturperiode noch etwas ändert, erscheint fraglich.

**Dieter Block**

## LobbyControl

LobbyControl bezeichnet sich selbst als eine zivilgesellschaftliche Initiative mit Sitz in Berlin. Grob formuliert setzt

Anzeige



**BRUNOX®**  
**Waffenpflege ist**  
- Laufreinigung,  
- Korrosionsschutz  
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller  
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)



INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Das Präventionsportal  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)



# Im Zweifel für den Bürger: Beteiligung an öffentlichen Aufgaben

Der öffentliche Dienst soll an der Seite der Bürgerinnen und Bürger stehen und ihnen zur Mitsprache verhelfen. So versteht der frühere Bundesminister Heiner Geißler Bürgerbeteiligung. Geißler, der jüngst den Streit zwischen Bürgern, Politik und Bahn um den Bau des Stuttgarter Tiefbahnhofs schlichtete, sprach auf dem 15. Schöneberger Forum in Berlin. Auf der beamtenpolitischen Tagung erörterten 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Thema „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst. Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung“. DGB und Hans-Böckler-Stiftung richteten die Veranstaltung am 28. und 29. November 2012 im Schöneberger Rathaus erstmals gemeinsam aus.

Heiner Geißler forderte öffentlich Bedienstete auf, in Ermessens- oder Zweifelsfällen „für die Leute zu entscheiden und nicht für die Staatskasse“. Das verlange einen Mentalitätswandel: Dienststellenleitungen müssten sich befreien „von der Hornhaut auf der Seele“. Der Christdemokrat sah Beamtinnen und Beamte auch in der Pflicht, politische Entscheidungen zu hinterfragen – umso mehr, da die Politik sich unfähig zeige, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Beispiel der Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Bahnplans sieht Geißler als Beleg dafür, dass die Politik Prozesse nicht mehr zu steuern vermag. Die Proteste gegen „Stuttgart 21“ eskalierten in Gewalt. Geißler wurde zum Schlichter berufen. Proteste wie dieser, sagte er, mehrten sich überall auf der Welt und zeigten: „Die Bürger sind nicht mehr bereit, alles zu akzeptieren, was die Politik entscheidet.“ Die Zeit, „als den Leuten Projekte ohne relevante Beteiligung vor die Nase gesetzt wurden, ist vorbei“.

## Einspruch bei Fehlern

Geißler forderte bei Bauvorhaben eine Phase der Information, in der alle Pläne und Fakten auf den Tisch gehörten und alle Beteiligten „auf Augenhöhe an einem Tisch sitzen“. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes komme dabei eine große Bedeutung zu. Geißler sieht in ihnen die Zuständigen

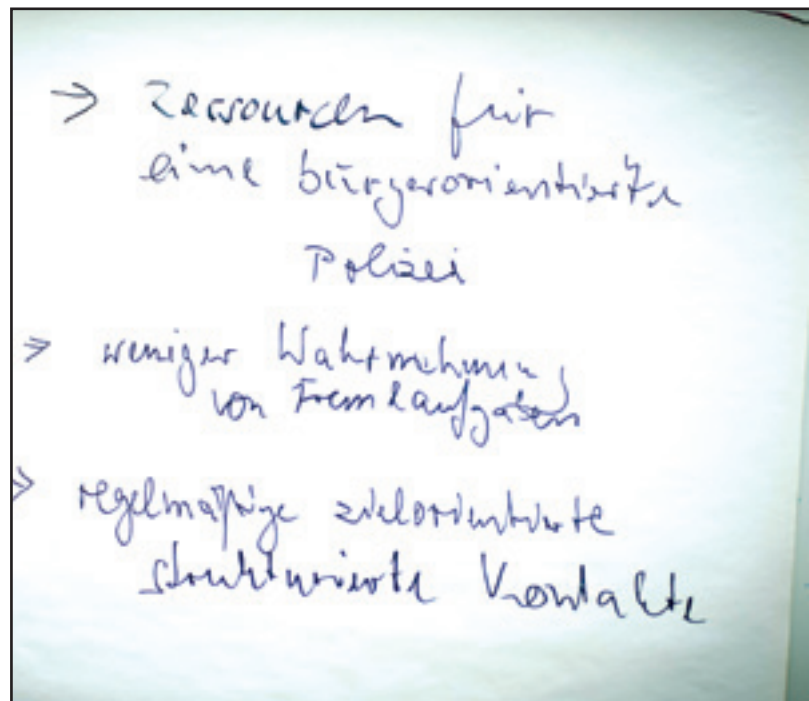
**Der frühere Bundesminister Heiner Geißler fordert Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf, politische Vorgaben kritisch zu hinterfragen. In Ermessensfällen sollen sie zugunsten der Bürger entscheiden, sagte Geißler auf dem Schöneberger Forum in Berlin. DGB-Chef Michael Sommer monierte bei der Tagung, dass staatliche Dienste für die Bürger aus Kostengründen immer mehr beschnitten würden. Die Veranstaltung lotete Chancen und Risiken der Bürgerbeteiligung für die Arbeit im öffentlichen Dienst aus.**

für den „Faktencheck“. Die Stuttgarter Feuerwehr etwa habe Mängel beim Brandschutz in den Bahnplans offenkundig gemacht. Er forderte Beamtinnen und Beamte auf, Einspruch zu erheben gegen Sachverhalte, die ihnen fehlerhaft erscheinen. Sie müssten die Möglichkeit haben, unterschiedliche Konzepte vorzutragen. Das verlange eine offene Diskussionskultur in der Verwaltung, die institutionalisiert werden solle.

Die staatliche Kontrolle schwindet nach Darstellung des DGB-Vorsitzenden zunehmend, da öffentliche Aufgaben an private Unternehmen vergeben werden. Entstaatlichung und Rückführung öffentlicher Dienste auf Kernaufgaben rächen sich, warnte Michael Sommer. „Irgendwann hat man ein nicht mehr funktionierendes Staatssystem.“ Der DGB-Chef betonte: „Wir können uns einen Staat ohne funk-

tionierenden öffentlichen Dienst nicht leisten.“ Öffentliche Aufgaben seien allerdings nicht kostenlos zu haben. „Es ist falsch, den öffentlichen Dienst als Teil des Problems der leeren öffentlichen Kassen zu sehen“, erklärte Sommer. Er bezeichnete es als „Missbrauch von Bürgerbeteiligung“, wenn Bürger und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegeneinander ausgespielt würden. Sommer nahm Bezug auf die Bundesagentur für Arbeit, die es ihren Mitarbeitern übertrage, eine Sparvorgabe von 2,5 Milliarden Euro umzusetzen.

Der Staat müsse sich auch „um seine Leute kümmern“, forderte Sommer. Für ihn gehört dazu ein würdiges Arbeiten und eine Bezahlung, von der die Beschäf-



Aufgeschrieben ist noch nicht umgesetzt – Immerhin sind manche Missstände bereits erkannt. Foto: Simone Neumann

tigten eine Familie ernähren und im Alter leben können. Hier habe der öffentliche Dienst seine Vorbildfunktion „gründlichst verloren“.

Bei der Bezahlung der Beamtinnen und Beamten ist durch die Föderalismusreform ein beabsichtigter Wettbewerb zwischen Bund und Ländern eingetreten, wie Cornelia Rogall-Grothe (CDU) bekannte.



Die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium sprach über die Frage „Wohin entwickelt sich die Arbeit im öffentlichen Dienst? Zwischen Bürgerbeteiligung und Föderalismusreform“. Ihrer Ansicht nach ist kein „dramatisches Auseinanderdriften“ der Gehälter erkennbar. An der Spitze liegen der Bund und Bayern. Der Abstand zur Spitzengruppe sei mit einer

Gesundheit und Leben unbeteiligter Menschen dadurch unmittelbar bedroht wären. „Es gibt Berufe, die können nicht streiken.“

Rogall-Grothe zeigte in ihrem Vortrag Bemühungen auf, um als öffentlicher Arbeitgeber trotz einer sinkenden Zahl von jungen Menschen Nachwuchs zu gewinnen. Das Ministerium arbeite mit einem

Bürgerbeteiligung ist im Polizeibereich nicht bedingungslos möglich. So lautete die Meinung im Forum „Bürger und Polizei: Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen?“. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sei die Zusammenarbeit dringend nötig, sagte der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut. Die Grenzen tun sich jedoch auf, wenn der originäre Aufgabenbereich der Polizei und deren personelle Kapazitäten berührt sind. Witthaut warnte vor Plänen einzelner Bundesländer, fehlende Polizistinnen und Polizisten durch Bürgerwehren, -streifen und private Sicherheitsdienste zu ersetzen „Hobbypolizisten sind mit professioneller Polizeiarbeit ganz klar überfordert.“ Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, dass die Polizei für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sorgt, sei dann nicht mehr erfüllbar. Hans-Jürgen Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Witten/Herdecke, thematisierte die Kritik an solchen Formen der Zusammenarbeit. Der Verdacht bestehe, dass sie Denunziantentum fördern und Einzelne sich aus der engen Kooperation mit der Polizei Sonderrechte oder Kontrollansprüche gegenüber Mitbürgern herleiten könnten.

Außerhalb dieser Grenzen könnten jedoch durchaus positive Effekte durch die Partnerschaft zwischen Bürgern und Polizei erzielt werden. Diese besteht lange zufolge hauptsächlich in Form von Sicherheitspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten. Die Beteiligten seien hier allerdings mehr Gremienmitglieder, die zugleich Behörden, Vereinigungen oder Bürgerinitiativen repräsentieren. Der Bürger als Einzelperson werde in der Regel nicht angesprochen.

Witthaut sieht eine Bürgerbeteiligung auch als ein Instrument an, um die Zufriedenheit mit der Arbeit der Polizei zu erhalten und zu verbessern. Schließlich sei die Polizei nicht nur bloße Eingriffsverwaltung, sondern nehme auch Aufgaben wie die Prävention vor Straftaten wahr. Die Zusammenarbeit dient laut Witthaut aber nicht dazu, die Polizei von Aufgaben zu entlasten. Sie soll vorrangig dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen zu steigern, aber auch Straftaten zu verhindern. Witthaut machte klar, dass die Zusammenarbeit Personal und Zeit bindet. Sie sei keine Nebenaufgabe für die Polizei. Die Zusage, rund um die Uhr für die Belange der Bürger da zu sein, müsse auch eingehalten werden.



**GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: Hobbypolizisten sind mit professioneller Polizeiarbeit ganz klar überfordert.**

**Foto: Simone Neumann**

Abweichung von maximal zehn Prozent „nicht extrem groß“, sagte sie unter emporgerufenen Zwischenrufen. Rogall-Grothe sah keinen Anlass, bei der Reform umzusteuern. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock widersprach. Sie beobachtet „eine Entwicklung, die wir so nicht wollten“ und fühlt sich „von den allermeisten Innenpolitikern“ bestätigt. Der Unterschied zwischen dem Jahresbruttogehalt in der Besoldungsgruppe A10 in Bayern und in Berlin beträgt ihren Angaben zufolge 4.400 Euro.

Gegensätzliche Positionen vertreten Innenministerium und DGB auch bei der Frage des Streikrechts für Beamte. Rogall-Grothe beharrte auf einem Streikverbot. Auf dieses Thema angesprochen, hatte Heiner Geißler den Beamtenstatus infrage gestellt. „Dann müssen Sie den Status aufgeben“, sagte er. Für problematisch hielt er ein Streikrecht, wenn

computergestützten Verfahren daran, Arbeitsplätze passgenau zu besetzen. Es unterstütze Beschäftigte mit Kindern und mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Eine funktionierende Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern sei auch Voraussetzung für Bürgerbeteiligung, betonte Rogall-Grothe. Hier wolle die Regierung neue Formen ausprobieren, die auch das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung stärken sollen. Sie kündigte etwa elektronische Angebote an, um Bürger online zu konsultieren.

### Ein Zwerg ohne Leiter

Die Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei hat Grenzen. Sie endet bei hoheitlichen Aufgaben oder scheitert an kulturellen Barrieren. Teile der Bevölkerung wie Migranten bleiben außen vor.

### Irritierte Adressaten

Für die Polizei wird es zunehmend



schwerer, alle Aufgaben mit den vorhandenen Kräften abzudecken. Sie kämpft mit Personalabbau, zugleich fehlt qualifizierter Nachwuchs. Die Polizei wirbt verstärkt auch um Menschen aus Familien mit ausländischen Wurzeln. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek erwähnte im Forum „Abbau von Hürden beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Ämtern?“ beispielhaft die Ansätze der Projektgruppe der Bundespolizei am Frankfurter Flughafen. Sie stellt ihre Arbeit an Schulen vor und versucht über Beiräte in den Landkreisen die Bedeutung der Polizei in Deutschland zu vermitteln. Auf die Angesprochenen wirken diese Bemühungen nach Radeks Schilderung häufig allerdings nicht überzeugend, sondern irritierend. Sie erlebten Polizisten als Uniformträger, die auch staatliche Gewalt ausüben – und nun sollten sie daran mitwirken. Zumal ihnen bis vor wenigen Jahren die Tür zum öffentlichen Dienst nicht offen gestanden habe. Radek merkte an, dass noch immer formale Hürden wie die deutsche Staatsbürgerschaft und der Föderalismus mit unterschiedlichen Dienstrechten in den Bundesländern den Zugang erschweren. Es sei leichter, sich aus einem europäischen Nachbarland einstellen zu lassen als aus einem Nachbarbundesland. Bei der Einstellung von Migrantinnen und Migranten sei die Polizei „noch nicht mal in den Startlöchern“. Im Jahr 2011 hätten nur 28 von 370 Bewerberinnen und Bewerbern für den gehobenen Dienst bei der Bundespolizei im Rhein-Main-Gebiet

einen Migrationshintergrund gehabt, nur einer sei genommen worden. Woran die übrigen Kandidaten scheiterten, sei unklar.

Radek plädierte dafür, Bewerbern ehrlich zu sagen, dass die Polizei sie brauche, weil sie ein Nachwuchsproblem habe und gegebenenfalls auch ein Akzeptanzproblem. Er bezeichnete es als Missbrauch, wenn Migranten nur in der Absicht eines „polizeitaktischen Vorteils“ eingestellt würden, zum Beispiel um als Moderatoren zwischen verschiedenen Kulturkreisen aufzutreten, damit sich die Polizei in einem Berliner Kiez besser behaupten kann.

Dr. Sonja Dudek von der Berliner „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ regte an, die Einstellungskriterien zu überprüfen, damit auch Migrantinnen und Migranten mit ihren Kompetenzen punkten können. Sie bemängelte, dass in der öffentlichen Verwaltung zu wenig über die Bedürfnisse dieser Zielgruppe bekannt sei, um spezifische Angebote machen zu können. Den gewünschten Adressaten wiederum mangle es an Informationen über die komplexen Möglichkeiten. „Viele blicken nicht durch, wie die Hilfsstruktur aufgebaut ist – auch weil sie in manchen Herkunftsländern nicht existiert“, berichtete Dr. Talibe Sützen. Sie ist Referentin für interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt.

Sützen und Dudek zeigten auf, dass Migrantinnen und Migranten darum sowohl vor Hürden beim Zugang zum öffentlichen Dienst als auch beim Zugang zu seinen Dienstleistungen stehen. Die Gesellschaft müsse ihnen Chancen bieten. Dazu gehöre die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Sützen veranschaulichte das Ziel an einem Bild: „Chancengleichheit besteht nicht darin, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern dass der Zwerg eine Leiter bekommt.“ Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sei eine Leitungsaufgabe – „von oben nach unten“, betonte Sützen. „Die Strukturen müssen sich ändern, nicht die Menschen“, sagte die Referentin. Sie rief ins Bewusstsein, dass das Potenzial einer Gruppe von 15,7 Millionen eingewanderten sowie in Deutschland geborenen Menschen vernachlässigt werde. Angesichts dieser Zahl könne es doch nicht sein, „dass es Einrichtungen gibt, die nur von Bio-Deutschen besetzt sind“. Eine Umfrage unter den Forumsteilnehmern bestätigte das Bild. Ein Personalratsvorsitzender bezifferte den Migrantenanteil bei der Polizei in Sachsen mit 0,2 Prozent.

Sützen wies darauf hin, dass die interkulturelle Öffnung mittlerweile zu einer Forderung der Politik geworden ist und von Ministerien gefördert werde. Jörg Radek forderte „Rückenwind von der Politik“ für Migranten. Statt dem Zwerg eine Leiter zu geben, könnte auch der Apfel tiefer gehängt werden, regte er an.

**Barbara Haas**

## Reise & Erholung

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers.** – Tel.: 0 30/6 61 30 82  
[www.fewo-feind.de](http://www.fewo-feind.de)

**Waging am See (Oberbayern)**  
Bauernhof, Pony's, komf. Fewos\*\*\*\*  
Tel. 0 86 81/522, [www.hirhof.de](http://www.hirhof.de)

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen**  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**Mittlerer Schwarzwald**  
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z.B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter  
Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66  
**Machen Sie sich ein Bild unter**  
[www.mittelschwarzwald.de](http://www.mittelschwarzwald.de)  
Sie werden begeistert sein!

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
Telefon: 040/6784581  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)

**Ferienwohnung West Fehmarn**  
90 m² für fünf Personen.  
Tel.: 0 45 21/7 97 91 27 · Handy: 01 60/8 56 29 36  
E-Mail: [maritta216@gmail.com](mailto:maritta216@gmail.com)

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
[www.mauritius-traumvilla.de](http://www.mauritius-traumvilla.de)

**Sommerpauschale**  
„All in One“  
gültig vom 15.6. bis 30.9.2013

**1 Woche Halbpension + Silverttcard ab 280 €**

Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool, gratis WLAN und Mountainbikeverleih.  
Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!

**Neu: Badesee und Freizeitanlage**

**Hotel Post \*\*\***  
Fam. Handel

**A - 6553 SEE**

Tel. +43-5441-8219  
Fax +43-5441-9219-4  
[www.postsee.at](http://www.postsee.at)  
[info@postsee.at](mailto:info@postsee.at)

**wasser-craft**  
rafting canyoning oetzal



**Sommer Abenteuer**  
**TOP ANGEBOT bei uns**

Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € **157,-**

[office@rafting-oetzal.at](mailto:office@rafting-oetzal.at)  
[www.rafting-oetzal.at](http://www.rafting-oetzal.at)  
Telefon: 0043 5252 6721

**Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt**



## „Der Song trifft ins Herz“

**D**er junge Hobbymusiker schrieb den Rap-Song im Auftrag der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die bereits mit ihrer Jugendorganisation JUNGE GRUPPE das Thema mit der bundesweiten Aktion „Auch Mensch“ publiziert hatte.

„Der Text und die unterlegten Film-szenen tragen dazu bei, dass man in der Gesellschaft zum Nachdenken angeregt wird“, so der Mannheimer GdP-Vorsitzende Thomas Mohr, der zusammen mit Chri Be (Gecko) den Song produzierte und das Musik-Video dazu gemacht hat. „Wir sind sehr froh und stolz, dass wir solche Talente in unseren eigenen Reihen haben und ich danke Chris ausdrücklich für diesen Rap-Song“, so Mohr weiter.

Die Gewalt gegen die Polizei nimmt unbestritten zu. Eine Entwicklung, die insbesondere die Politik in die Pflicht nimmt. Handeln war und ist mehr als überfällig. Warum nicht mit Musik, warum nicht über ein zukunftsträchtiges Medium, das insbesondere junge Menschen gerne nutzen.

**In nur drei Tagen über 72.000 Klicks auf YouTube**

Damit hatten die Macher des Musik-Videos „AUCH NUR EIN MENSCH“ nicht gerechnet. Gerade mal drei Tage in YouTube eingestellt, erreichte das Musik-Video zur GdP-Kampagne der Bundesorganisation JUNGE GRUPPE „Auch nur Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ über 72.000 Klicks – die überwiegend positive Resonanz dazu war überwältigend.

Mit dem Rap-Song von Chri Be (Gecko), so der Aliasname des Hobbymusikers, trifft der 25-jährige Polizeimeister Christian Beck aus Mannheim scheinbar in die Herzen der Menschen. Aber auch bei den Polizistinnen und Polizisten im ganzen Land kommt der Titel gut an. „Aus dem ganzen Bundesgebiet bekommen wir durchweg positive Feedbacks aber auch über die Grenzen hinaus. Selbst aus den Reihen der österreichischen Polizei kommt nur Lob und Anerkennung“, so Mohr.

**„Rappender Polizist“ aus Mannheim**

Man könnte sagen, dass sich vieles einfach ergeben hat bei dieser Geschich-

***Dass in der Quadratestadt oft gute Ideen geboren werden, weiß man nicht erst seit Xavier Naidoo und Bülent Ceylan. Nun verteilt sich ein Song eines Mannheimer Polizisten und Kollegen über die Sozialen Netzwerke so rasend schnell und nicht nur die Internet-Gemeinde ist begeistert. Mit dem Rap-Song „AUCH NUR EIN MENSCH“ von Chri Be (Gecko), so der Aliasname des Hobbymusikers, trifft der 25-jährige Polizeimeister Christian Beck, vom Einsatzzug der Mannheimer Polizei in die Herzen derer, die Tag für Tag ihren Kopf für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hinhalten. Seit Ende Oktober 2012 ist der Song, wie auch das passende Musik-Video online im Internet eingestellt und kann unter [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de) angeschaut bzw. der Song kostenlos runtergeladen werden. Bei YouTube hat er bis dato (Stand Januar 2013) über 200.000 Klicks geholt und dadurch die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam gemacht.***

te. Aber dieser Song, der rein zufällig entstanden ist, verschafft dem Thema „Gewalt gegen Polizisten“ so viel Aufmerksamkeit in der Gesellschaft, wie es eine geplante Aktion kaum besser hätte leisten können. Praktisch über Nacht wurde aus unserem Kollegen Polizeimeister Christian Beck, Einsatzbeamter beim Mannheimer Einsatzzug, der „Rappende Polizist“ aus Mannheim. Die Medien berichten über ihn, und mit dem Video seines Songs „Auch nur ein Mensch“ hat er der Polizei im Land ein Gesicht und eine Stimme gegeben.

Unter seinem Künstlernamen Chri Be (Gecko) macht er seit zehn Jahren in seiner Freizeit Rap-Musik. Zuletzt hat er mit seinem Rap-Partner „Ced“, als Team nennen sie sich Ced und Gecko, in einem Heimstudio sein Album „Traumreise“ aufgenommen. In dem neuen Titel „AUCH NUR EIN MENSCH“ beschäftigt er sich nun aber mit der Gewalt, die er und seine Kollegen Tag für Tag ertragen müssen.



**Christian Beck und Thomas Mohr am Arbeitsplatz ...**

„Beleidigt, bespuckt und niedergeschlagen, Gewalt gegen Polizei, ständig steigende Zahlen“, lautet eine Textzeile. Christian Beck beschreibt, welche psychischen Belastungen der Beruf für einen selbst und die Familie bringen kann.

**Song und Video an einem Tag**

Seit September dieses Jahres ist unser Kollege beim Einsatzzug des Mannheimer Präsidiums. Im Gespräch mit seinem GdP-Kollegen Mohr hatte er so nebenbei erwähnt, dass er in seiner Freizeit Musik macht. „Was für Musik?“, fragte Mohr. Hip-Hop, Rap, antwortet Beck. „Oh, das ist gerade nicht mein Musik-Geschmack!“, antwortete Mohr.

Als Christian Beck dann auf Nachfrage erzählt, dass er schon mit seinem Kumpel „Ced“ ein Album (Traumreise) aufgenommen hat, bat Mohr ihn, diese CD mal mitzubringen. Tage später fuhr Mohr von Mannheim nach Stuttgart zu einer Sitzung und hörte sich auf der Fahrt die Musik-CD an. Gerade die Texte der Songs gefielen ihm so gut, dass er bei seiner Rückkehr nach Mannheim Beck darauf hin ansprach. Mohr fragte, ob er sich vorstellen könne, einen Song über Gewalt gegen Polizisten zu machen. „Ich probier’s mal!“, war die prompte Antwort



## GEWALT GEGEN POLIZEI

Becks. Noch am selben Abend schrieb er Mohr eine SMS, dass er den Text fertig habe. Dafür benötigte der Musiker gerade einmal eine halbe Stunde. Beck beschreibt

nahm dazu einfach mal seine Kamera mit und filmte. „Eigentlich wollte ich nur für die interne Dokumentation das machen“, so Mohr.



... und Beck als Chri Be (Geko) im Studio.

Fotos: GdP-Mannheim

darin eigene Erfahrungen, vor allem aber Erlebnisse von Kollegen und verarbeitete auch einige Situationsbereiche der GdP-Kampagne und einige Wortvorschläge Mohrs in dem Stück. Mohr gefiel der Text so gut, dass er sich mit Beck am nächsten Tag in seinem Büro verabedete. Gemeinsam bei einem Kaffee suchten sie dann einen passenden Beat aus und als Christian Beck zum ersten Mal den Song zum Beat vor Mohrs PC rappte, war klar: „Das müssen wir unbedingt professionell aufnehmen.“ Gesagt getan. Die GdP finanzierte die Produktion im HOFA-Studio in Karlsdorf. Hobby-Filmer Mohr

### Klick auf Klick

Und als die zwei an jenem Samstagmittag im Oktober das Studio verließen, da fanden sie, dass der Song auch ein Video brauche. Also setzten sie sich bei Mohr zu Hause an den Computer und gegen 4.30 Uhr des nächsten Tages war das knapp vierminütige Werk fertig, zusammengeschnitten aus Studiosequenzen und Bildern von realen Polizeieinsätzen unter anderem aus der GdP-Dokumentation „Ein sicherer Arbeitsplatz“.

Ende Oktober 2012 hat Mohr Lied und Video auf das Internetportal von

YouTube gestellt und auf die Internetseite der GdP Baden-Württemberg verlinkt – seitdem wird es rege angeklickt. Chri Be (Gecko) alias Christian Beck wie auch die GdP hoffen, dass sein Lied etwas bewirkt und dass die Gewalt gegen Polizisten wieder zurückgeht. Trotz solcher Schwierigkeiten hat Christian Beck seine Berufswahl nie bereut. „Es ist mein Traumberuf, der so abwechslungsreich und so spannend ist und in dem man so viel mit Menschen zu tun hat.“, so Beck.

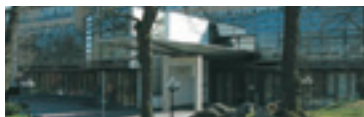
Der Beruf hat auch sehr viele schöne Seiten. Und an was sich der Jung-Rapper immer gerne erinnert, ist die Reaktion jener älteren Frau damals. „Die hatte uns wegen eines Stromausfalls gerufen“, erzählt Beck. „Wir haben den Strom wieder eingeschaltet. Die Frau hat sich so gefreut und sich bedankt und uns umarmt – das war für mich ein schöner Moment.“

### Riesiges Medieninteresse

Als nun das Musik-Video zum Song „AUCH NUR EIN MENSCH“ in den ersten Tagen bereits tausendfach von der Internet-Gemeinde angeschaut wurde und durchweg positive Kommentare erhalten hatte, musste nun dafür das Medieninteresse geweckt werden. Mit einer landesweiten Pressemeldung streute der GdP Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Headline „GdP will mit eigens produziertem Rap-Song „AUCH NUR EIN MENSCH“ wachrütteln.“

Aber auch die GdP Kreisgruppe Mannheim befeuerte mit einer auf den Regionalbereich zugeschnittenen Pressemeldung die Kampagne „Gewalt gegen Polizisten“, die sich im Internet so gut mit dem Musik-Video verbinden ließ. Mit der Headline: „Mannheimer Polizist schreibt Rap-Song zum Thema ‚Gewalt

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

### ... wieder Atem schöpfen

#### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



## GEWALT GEGEN POLIZEI

gegen Polizisten': Der Song ‚AUCH NUR EIN MENSCH‘ will wachrütteln und zum Nachdenken anregen“, kamen die ersten Interview-Anfragen von Printmedien und Radiosendern, die teilweise den Song schon angespielt haben. Auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen kam mit Teams zum Dreh auf die Dienststelle der beiden und der Klickzähler auf YouTube stieg stündlich in Tausender Schritten an.

### Lob und Anerkennung aus den eigenen Reihen

Nicht nur in der Öffentlichkeit wurde man nun auf das Thema „Gewalt gegen Polizisten“ aufmerksam, sondern auch durch die GdP-Vernetzung im Internet verbreitete sich die Nachricht über den Song und das Video rasend schnell. Über das Soziale Netzwerk Facebook teilte jeder den Link des Musik-Videos auf YouTube und es kam viel Lob und Anerkennung aus dem ganzen Bundesgebiet

und dem benachbarten Ausland. „Wahnsinn! Bin schwer begeistert! Endlich mal ein Lied für uns!! Danke“ oder „Klasse Video. Rap ist nicht meine Musik, aber alle Daumen hoch für dieses Lied!!! Es spricht mir aus der Seele und ich kann als Uniformträger die Inhalte bestätigen.“ oder „Respekt! Gefällt mir gut und ist nicht so peinlich, wie frühere Versuche der Polizei cool zu sein.“ Dies ist nur ein Bruchteil der Kommentarbeiträge, die zum Musik-Video auf YouTube geschrieben wurden.

### Im Text wiedergefunden

Tatsächlich hat es Christian Beck alias Chri Be (Gecko) geschafft, einen Songtext zu schreiben, in dem sich viele Kolleginnen und Kollegen wiederfinden. Das war sein Ziel, erklärte er immer wieder in den Interviews. Aber es soll auch die Leute ansprechen, die oft die Polizei in den Mittelpunkt der Kritik stellen, selbst wenn

was irgendwann mal falsch läuft. Das kann passieren. „Wir sind ja keine Maschinen oder Roboter, wie wir oftmals dargestellt werden. Wir sind halt Menschen und ich wünsche mir, dass es dann beim nächsten Polizeieinsatz beim Bürger auch so rüberkommt“, sagt er. Ihm gehe es nicht um Anerkennung und Lob für ihn und er wolle auch nicht dadurch im Mittelpunkt stehen. „Mich würde es eher freuen, wenn andere Kollegen mal auf der Straße angesprochen werden. Dann wird vielleicht gesagt: He, ich hab den Song gehört, das Video dazu gesehen – was auch immer – und ich find's gut, was ihr macht. Danke oder irgendwas. Dass die Leute da draußen, den Kollegen, die den Kopf für die hinhalten, auch mal Anerkennung zeigen.“

Thomas Mohr



Link zum Song auf YouTube

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68150 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.  
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**www.kredite-fuer-beamte.de**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 14 51 45

**BARGELD** noch HEUTE!  
**Tel. 0201/22 1348**  
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH  
Kredite von 1000–100000 €.  
• Laufzeit bis 240 Monate  
• ohne Auskunft bis 10000 €  
45127 Essen · Gänsemarkt 21  
www.pecunia-essen.de

**Caritas international**

www.caritas-international.de  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 10075

**Diakonie**  
**Katastrophenhilfe**

www.diakonie-katastrophenhilfe.de  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamtdarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung**  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke

**ERGO**

Kredite für Beamte & Angestellte  
**www.Beamtenkredit.de**

**0800-770 80 80**

**NIEDRIGZINS + KLEINE RATEN**  
Jetzt gebührenfrei anrufen und sparen.





# Geschichten aus der Polizei erringen literarischen Ruhm

**P**olizei-Poeten aus ganz Deutschland trafen sich im oberbergischen Marienheide-Gimborn zur Jahrestagung in Form eines weiteren Schreib-Seminars. Für die GdP-Bezirksgruppe Lüneburg nahm zum wiederholten Male Lothar Klüser aus der Polizeiinspektion Stade teil. Der Gründer der Polizei-Poeten, Volker Uhl, begrüßte die Teilnehmer. Er hatte vor zehn Jahren mit einer Hand voll Gleichgesinnter die Polizei-Poeten aus der Taufe gehoben. Daraus wurde eine Erfolgsgeschichte und es werden immer mehr, die Spaß am Schreiben finden. Inzwischen hat er vier Bücher mit Kurzgeschichten herausgebracht. Jahrestreffen, Workshops und Seminare werden angenommen und sind gut besucht.

Zum Jubiläum ist auch die International Police Association (IPA) als Träger der Einrichtung mit Hubert Vitt, Vizepräsident der Deutschen Sektion der IPA aus Nordrhein-Westfalen ist und IPA-Generalsekretär Patric Louis hochrangig vertreten.

Gründervater Volker Uhl begrüßt die Referenten Ulrich Dix, Elmar Heer, Ulrich Hefner und Christiane Neukirch. Judith Kuckart stößt später dazu. Lothar Klüser dankt Volker Uhl für sein Engagement und überreicht ihm ein Buch über die zum Weltkulturerbe anstehende Schwebefähre Osten. Mit seiner Gitarre stellt Ulrich Dix unter Beweis, dass er nicht nur schreiben kann: Sein „Polizisten-Blues“ erntet großen Applaus. Das Treffen dient dem Austausch von Erfahrungen und der Fachsimpelei. Der erfolgreiche Autor und Polizeibeamte Ulrich Hefner vermittelt sein Wissen über Plot und Spannungsaufbau. Er schreibt erfolgreich Spannungsromane und Ostfriesenkrimis. Der inzwischen überregional bekannte Stefan Höltkötter vermittelt Tipps und Tricks rund um die Figurenentwicklung. Seine zentrale Aussage lautet: „Show it, don't tell it!“. Der Autor von Münsterland- und Berlinkrimis zeigt an namhaften Beispielen Archetypen wie Held, Mentor, Schwellenhüter, Herold, Gestaltwandler, Schatten und Trickser. Stefan Höltkötter animiert die Teilnehmer zu kurzen Schreibübungen

Der Polizei-Hundeführer Elmar Heer, dessen Kurzgeschichten in den vier Büchern der Polizei-Poeten großen Anklang finden, stellt seine Erfahrungen als Newcomer in Sachen Buchautor vor.

Am 1.10.2012 erschien sein Erstlingswerk „Partner auf Leben und Tod“ im Knauer-Verlag als Sachbuch. Seit 2004, nachdem er in Bosnien war, schreibt er die Erlebnisse mit seinen Diensthunden auf. Er gab diverse Interviews und folgte einer Einladung zu Bayern 2. Elmar Heer erhielt auch etliche Einladungen zu Lesungen, unter anderem nach München in den berühmten ‚Schlachthof‘. Es folgte die Anregung, ein ganzes Buch zu schreiben. „Partner auf Leben und Tod“ wurde Spitzentitel bei den Sachbüchern des Verlages. Ohnehin haben es die Polizei-Poeten bereits zu beachtlicher Medienpräsenz gebracht, so 2006 in der ZDF-Sendung ‚Aspekte‘. Auch in

Stefan Höltkötter waschechte Literaten. Sie haben ihren alten Beruf aufgegeben und verdienen ihr Geld mit dem Schreiben. Ulrich Hefner ist noch Polizeibeamter und schreibt in seiner Freizeit. In der Turmbar des Schlosses stellt Gerke Minrath, ihren Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“ vor. Im September 2011 gründete sie mit einigen Freunden den gemeinnützigen Verein, der aus einem von ihr initiierten Internet-Projekt hervorging. Triebfeder ist die steigende Anzahl von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Ein Kernsatz des Vereins lautet: „Menschenrechte gelten auch für Polizeibeamte“. Außer zwei lesenswerten Broschüren haben



„Das Treffen in Gimborn“ (frei nach Günter Grass): Gründer Volker Uhl (vorne, 2. v. r.) im Kreise der Polizei-Poeten.

Foto: GdP

der bekannten ARD-Serie ‚Großstadtrevier‘ mit Jan Fedder und Heinrich Peter Brix spielten die Polizei-Poeten eine Rolle. Auch im Hörfunk beschäftigten sich mehrere Sendungen mit den Polizei-Poeten.

Im ‚Samstagnacht-Talk‘, begrüßte Moderatorin Christiane Neukirch vom Bayrischen Rundfunk, Ulrich Hefner, Spannungsromane und Krimis, Stefan Höltkötter, Regionalkrimis, und Judith Kuckart, Romane.

„Live aus Schloss Gimborn“ startet Christiane Neukirch die Podiumsdiskussion. Mittlerweise sind Judith Kuckart und

die Verantwortlichen auch einen Internetauftritt unter [www.kggp.de](http://www.kggp.de).

Seit Jahren organisiert Jens Mayer die Treffen. Zum Dank überreichten ihm die Teilnehmer ein Buch mit Kurz-Krimis ‚Mord an der Schwebefähre‘.

Vom 18. bis 20. Oktober 2013 sehen sich die Polizei-Poeten auf Schloss Gimborn wieder. Wessen Interesse an den Polizei-Poeten wach geworden ist, kann sich über sie unter [www.polizei-poeten.de](http://www.polizei-poeten.de) informieren.

Lothar Klüser, GdP-BG-Lüneburg



# Kommentare zum Polizeirecht

**Neuaufgabe:**

## Bundespolizeigesetz

Kommentar

Von **Dietrich Heesen, Jürgen Hönle, Andreas Peilert** und **Helgo Martens**. Unter Mitarbeit von Karsten Fehn, Ralf Gnüchtel, Friedrich-Alexander Hoppe, Cornelia Mehrings, Steffen Richter.

5. Auflage 2012, 1496 Seiten DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung ISBN 978-3-8011-0590-7 79,90 € [D].

Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des

Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Das Werk wurde von den Autoren komplett überarbeitet und aktualisiert. Dabei orientiert sie sich in Aufbau und Inhalt an den Voraufgaben, die maßgeblich durch Professor Dietrich Heesen, der zugleich eine der herausragenden Persönlichkeiten des damaligen Bundesgrenzschutzes war, mitgeprägt wurden.

### Die Autoren:

*Jürgen Hönle*, Abteilungspräsident i. BGS a. D.

*Helgo Martens*, Polizeioberst i. d. Bundespolizei.

*Prof. Dr. Andreas Peilert*, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Lübeck.



## Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin

Kommentar

Von **Michael Knappe** und **Ulrich Kiworr**.

10. Auflage 2009, 976 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung ISBN 978-3-8011-0611-9 59,90 € [D].

Das vorliegende, bereits in mehreren Auflagen bewährte Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Berlin. Insoweit kann es auch bei der Auslegung der Polizeigesetze anderer Bundesländer von Nutzen sein.

Es enthält ferner einen Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung sowie eine Reihe von ergänzenden Vorschriften.

### Die Autoren:

*Prof. Michael Knappe*, Direktor beim Polizeipräsidenten, Leiter der Polizeidirektion 6 in Berlin, Honorarprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

*Ulrich Kiworr*, Vorsitzender Richter am Landgericht Berlin und Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst der Fachhochschule.



## Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz

Kommentar

Von **Dietrich G. Rühle** und **Hans Jürgen Suhr**.

5. Auflage 2012, 592 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung ISBN 978-3-8011-0660-7 59,90 € [D].

Dieses Buch vermittelt sowohl dem Praktiker als auch dem Lernenden die Grundzüge und die Besonderheiten des rheinland-pfälzischen POG. Für denjenigen, dem diese Materie noch fremd ist, bietet es eine schnell verständliche, zum Teil mit Skizzen angereicherte Grundlage, die Strukturen zu erfassen. Für den Praktiker, der Lösungen zu einzelnen Problemen sucht, geht das Buch auf die gängigen Fälle ein. Eingehend behandelt werden auch die landesspezifischen Besonderheiten in Rheinland-Pfalz.

### Die Autoren:

*Dietrich G. Rühle*, Regierungsdirektor, Jurist, Dozent für Polizeirecht und Allgemeines Verwaltungsrecht an der FHÖV RP.

*Hans Jürgen Suhr*, Polizeidirektor a. D. und Dozent für Polizei- und Eingriffsrecht an der FHÖV RP.



## Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Von **Lambert Josef Tetsch** und **Marcello Baldarelli**.

1. Auflage 2011, 1 040 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung ISBN 978-3-8011-0654-6 59,90 € [D].

Der Studien- und Praxiskommentar verfolgt das Ziel, sowohl in das Polizeirecht des Landes Nordrhein-Westfalen einzuführen als auch spezielle Problemstellungen in der Prävention vertiefend darzustellen.

Die Autoren haben sich dabei nicht nur von der gängigen Rechtsprechung leiten lassen, sondern auch zahlreiche praktische Fälle thematisiert und mit Lösungen versehen.

### Die Autoren:

*Lambert Josef Tetsch*, Polizeidirektor a. D.

*Marcello Baldarelli*, Erster Polizeihauptkommissar.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

### Zu Vertrauensleute-Arbeit motivieren

Die gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit stellt einen wesentlichen Grundpfeiler gewerkschaftlichen Engagements dar. Die aktive Betreuung von Mitgliedern

vor Ort, die Versorgung mit gewerkschaftlichen Informationen und das offene Ohr für die Nöte und Sorgen der Kolleginnen und Kollegen sind wesentliche Eckpfeiler

für die Arbeit als Vertrauensfrau oder -mann. Es ist das Ziel, den Teilnehmern/innen unterschiedliche Vorgehensweisen zur Gestaltung von Vertrauensleutearbeit zugänglich zu machen sowie Möglichkeiten zu präsentieren, den beruflichen, privaten und gewerkschaftlichen Aufgaben mit der nötigen Aufmerksamkeit und Sorgfalt nachzukommen. Neben inhaltlichen Aspekten, ist der länderübergreifende Informations- und Erfahrungsaustausch ein wesentlicher und permanenter Bestandteil dieses Seminars. So lautete das Ziel, der in Boppard am Rhein, durchgeführten Multiplikatoren-schulung.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Süddeutschen Ländern und der Bundespolizei war es ein voller Erfolg.

In fünf arbeitsreichen Tagen wurde den Teilnehmern umfangreiches Wissen vermittelt und Arbeitsmaterialien an die Hand gegeben, um GdP-Mitgliedern in ihren Landesbezirken unsere GdP näher zu bringen und sie zur Vertrauensleutearbeit zu motivieren.

WK



**Aktive Betreuung: Vertrauensleute sind Grundpfeiler gewerkschaftlichen Engagements.**

Foto: GdP

### GdP-Literaturdatenbank zur Mitgliederwerbung nutzen

Als einzige Polizeigewerkschaft verfügt die GdP über eine Literaturdatenbank, die bei der Neuanfängerwerbung in den Polizeiausbildungsstätten von Bund und Ländern wirksam eingesetzt werden kann. Um den Landesbezirken und Bezirken hierfür eine Hilfestellung an die Hand zu geben, führte die Bundesgeschäftsstelle der GdP Ende November 2012 in Hilden die erste Multiplikatoren-schulung für die Mitgliederwerbung mit der GdP-Literaturdatenbank durch. 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 10 Landesbezirken und Bezirken der GdP wurden von Petra Kühl, Mitarbeiterin in der Dokumentationsstelle der GdP, in die Arbeit mit der Datenbank eingewiesen. Nach einem praktischen Teil, in dem die Nutzung der Literaturdatenbank vermittelt wurde und live erprobt werden konnte, kam es zum Herzstück der Schulung, wo es um die Frage ging: Wie können die Multiplikatoren die GdP-Literaturdatenbank für die Mitgliederwerbung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung in den Fachhochschulen von Bund und Ländern einsetzen? Die Vorstellung verschiedener Möglichkeiten der Werbung und die lebhafteste Diskussion unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern



**Klares Seminarziel: Das GdP-Alleinstellungsmerkmal „Literaturdatenbank“ noch stärker für die Mitgliederwerbung nutzen.**

Foto: Alberdina Körner

zeigten schnell, dass die Rahmenbedingungen in den Ländern und Bezirken durchaus unterschiedlich sind und deshalb nicht ein Konzept für alle greifen kann. Umso wichtiger war deshalb für alle Beteiligten der Informationsaustausch.

Hochmotiviert und zufrieden mit dem Gelernten und Erarbeiteten gingen alle nach der fünfständigen Schulung auseinander. An die Bundesgeschäftsstelle wurde der Wunsch herangetragen, einen solchen Termin sehr bald wieder anzubieten. **ki**



# Für die Praxis



**Neuaufgabe:**

## Disziplinarrecht

Für die  
polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.  
2. Auflage 2012,  
312 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0679-9



**Neuaufgabe:**

## Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Leitfaden für Ausbildung,  
Fortbildung und Praxis mit  
den wichtigsten Gesetzen  
und Verordnungen

Von **Detlef Salentyn**  
und **Thomas Andres**.  
8. Auflage 2012, 368 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
29,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0677-5



## Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan  
Schabacker**.  
3. Auflage 2012  
192 Seiten, DIN A 5,  
Broschur  
24,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0673-7



## Suizid

Umgang mit  
gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk**  
und **Jens Walkowiak**.  
1. Auflage 2011,  
144 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0667-6



## Der Einsatz von Verdeckten Ermitt- lern

Handbuch für die Praxis  
der Strafverfolgungsbe-  
hörden

Von **David R. Kirkpatrick**.  
1. Auflage 2011  
192 Seiten, DIN A 5,  
Broschur  
19,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0661-4



## Internationale Kfz-Verschiebung

Von **Frank Thietz**.  
1. Auflage 2010  
176 Seiten, DIN A 5,  
Broschur  
16,90 € [D].  
ISBN 978-3-8011-0608-9



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# Änderung in Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV)

**Durch das Inkrafttreten weiterer Teile der 3. EG-FS-Richtlinie zum 19.01.2013 musste auch der deutsche Ordnungsgeber reagieren. Er tat dies mit der 6. Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnisverordnung<sup>1</sup> und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften. Im Juni 2012 kam schon die 7. Verordnung<sup>2</sup> ... Dies reichte leider nicht, so dass die 8. Verordnung<sup>3</sup> ... nachgeschoben werden musste. Hier soll ein Überblick über die Änderungen in der Hauptsache zu § 6 FeV erfolgen, der die Fahrerlaubnisklassen behandelt. Auch in anderen Bestimmungen wurde geändert, die hier nicht aufgeführt werden sollen.**

## § 4 FeV, Erlaubnis- und Ausweispflicht ...

In Absatz 2 wird vom Fahrerlaubnisinhaber verlangt, dass er die Fahrerlaubnis durch eine amtliche Bescheinigung (Führerschein) nachzuweisen hat. Das Dokument muss nun gültig sein. Die Änderung hängt damit zusammen, weil ab 19.01.2013 Führerscheine nun noch für längstens 15 Jahre ausgestellt werden (dazu mehr bei § 24 a FeV), danach ungültig werden.

## § 6 FeV, Einteilung der Fahrerlaubnisklassen

Wesentlich werden die Änderungen bei den einzelnen Fahrerlaubnisklassen:

### Klasse A:

Nichts geändert hat sich daran, dass die Kl. A für Krafträder (auch mit Beiwagen) mit einem Hubraum von mehr als 50 cm<sup>3</sup> oder mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit (bbH) von mehr als 45 km/h, benötigt wird, wenn ein solches Fahrzeug im öffentlichen Verkehrsraum geführt wird. Allerdings wird diese Klasse nun erweitert. Sie gilt auch für:

- dreirädrige Kraftfahrzeuge mit einer Leistung von mehr als 15 kW und
- dreirädrige Kraftfahrzeuge mit symmetrisch angeordneten Rädern und einem Hubraum von mehr als 50 cm<sup>3</sup> bei Verbrennungsmotoren oder einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 45 km/h und mit einer Leistung von mehr als 15 kW.

Gibt es einen Unterschied bei den dreirädrigen Kfz? Ein Blick in die 3. EG-FS-Richtlinie lässt vermuten, dass hier eine Doppelung vorgenommen wurde. Dreirädrige Kfz werden darin definiert als jedes mit drei symmetrisch angeordneten Rädern ausgestattete Kraftfahrzeug im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2002/24/EG. Diese Richtlinie sagt dazu aus: dreirädrige Kraftfahrzeuge, d. h. mit drei symmetrisch angeordneten Rädern

ausgestattete Kraftfahrzeuge (Klasse L5e) mit einem Hubraum von mehr als 50 cm<sup>3</sup> im Falle von Verbrennungsmotoren und/oder einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 45 km/h. Somit bleiben nur die 15 kW. Wenn ein dreirädriges Kfz mehr als 15 kW hat, benötigt man ebenso die Kl. A. Führerscheine, die vor dem 19.01.2013 ausgestellt sind, erlauben ein Führen dieser Kfz mit der Kl. B, sofern die zulässige Gesamtmasse (zGM) nicht über 3,5 t lag. Für Führerscheine, die bis 18.01.2013 ausgestellt werden, bleibt dies auch so. Der Direkteinstieg wird mit 24 Jahren (§ 10 FeV) möglich sein.

Bezogen auf einen Anhänger geht man davon aus, dass hinter einem Motorrad bzw. hinter einem Trike kein Anhänger mitgeführt werden darf.<sup>4</sup> Nach der FZV ist eine Zulassungspflicht für Einachsanhänger hinter Krafträdern nicht erforderlich. § 42 Abs. 2 StVZO behandelt Anhänger hinter Krafträdern. Im § 18 StVO werden Anhänger hinter Krafträdern bei der Höchstgeschwindigkeit besonders genannt. Wie mit dem Tatbestand des § 21 StVG umgegangen wird, wenn ein Anhänger hinter den Fahrzeugen mitgeführt wird, wird die Zukunft zeigen. Ebenfalls interessant ist, dass das Mindestalter für das Führen von Trikes mit mehr als 15 kW 21 Jahre beträgt (§ 10 FeV), die Kl. A, die diese Fahrzeuge beinhaltet, mit 20 Jahren erworben werden kann.

### Klasse A1

Bezogen auf diese Leichtkrafträder (LKR) hat sich geändert, dass neben den 125 cm<sup>3</sup> Hubraum und nicht mehr als 11 kW noch hinzukommt, dass das Verhältnis Leistung/Leergewicht nicht mehr als 0,1 kW/kg betragen darf. Weiter hinzu kommen die dreirädrige Kraftfahrzeuge mit symmetrisch angeordneten Rädern und einem Hubraum von mehr als 50 cm<sup>3</sup> bei Verbrennungsmotoren oder einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 45 km/h und mit einer Leistung von bis zu 15 kW. Dies fiel zuvor in die Kl. B.

Hinzuweisen ist darauf, dass die Regelung der 80 km/h-Bindung für unter

18-Jährige weggefallen ist. Dies war bisher festgehalten in § 6 Abs. 2 FeV und wurde gestrichen. Die Kl. A 1 hat somit auch der nun noch 16-Jährige, nur seine Einschränkung fällt weg und somit sind Geschwindigkeiten weit jenseits der 100 km/h auch für diese Altersgruppe möglich. In § 76 wird in der Nr. 6 darauf hingewiesen, dass die LKR, die bis 18.01.2013 erstmal in den Verkehr kamen, auch weiterhin als LKR gelten, mit der Folge, dass diese auch ab 19.01.2013 von Neu-Klasse-A1-Besitzern gefahren werden dürfen.

### Klasse A2

Was zuvor über eine Beschränkung in § 6 Abs. 2 FeV für die ersten beiden Jahre nach Fahrerlaubniserwerb, sofern man das 25. Lebensjahr nicht vollendet hatte, geregelt war, wird zur eigenen Fahrerlaubnisklasse. Allerdings darf auch hier die Motorisierung höher sein. Waren es bislang 25 kW und einem Verhältnis von Leistung/Leergewicht von 0,16 kW/kg sind es nun 35 kW und einem Verhältnis von 0,2 kW/kg. § 76 FeV führt aus, dass Inhaber der Kl. A, die noch unter die Beschränkung der alten Zweijahresregel fallen, auch Krafträder der Kl. A 2 fahren dürften.

### Klasse AM

Diese Klasse ersetzt die Klassen M und S, ohne dass es zu Änderungen von zuvor kommt.

### Klasse B

Wie schon bei der Kl. A festgehalten, gibt es Änderungen für die Klasse B. Waren bisher nur Krafträder ausgenommen, lautet der Verordnungstext zur Klasse B nun:

Kraftfahrzeuge – ausgenommen Kraftfahrzeuge der Klassen AM, A1, A2 und A – mit einer zGM von nicht mehr als 3.500 kg, die zur Beförderung von nicht mehr als acht Personen außer dem Fahrzeugführer ausgelegt und gebaut sind (auch mit Anhänger mit einer zGM von nicht mehr als 750 kg oder mit Anhänger über 750 kg zGM, sofern 3.500 kg zGM der Kombination nicht überschritten wird).

Erstaunlich ist dabei, dass die Kl. AM im Text ausgenommen ist. Abs. 3 der Bestimmung sagt jedoch, dass die Kl. B auch zum Führen von Kraftfahrzeugen der Kl. AM berechtigt.

Ebenfalls gibt es Änderungen bezogen auf den Anhänger. War es bisher so, dass die zGM des Anhängers das Leergewicht des Zugfahrzeugs nicht überschreiten durfte, fällt diese Regelung nun weg. Es gilt nur noch, dass beide Fahrzeuge zusammen nicht mehr als 3,5 t zGM aufweisen dürfen. >



## Einführung der Schlüssel-Nr. 96, § 6 a FeV

Mit der genannten Schlüssel-Nr, deren Erhalt von einer Fahrerschulung abhängig ist, kann mit der Kl. B ein Anhänger mit einer zGM von mehr als 750 kg mitgeführt werden, wenn das Gesamtgewicht der Kombination zwar mehr als 3500 kg aber nicht mehr als 4250 kg aufweist. Ohne diese Schlüssel-Nr. darf die Kombination nicht über 3.500 kg zGM liegen, wenn der Anhänger eine zGM von mehr als 750 kg aufweist.

### Klasse BE

Hier ist die wesentliche Änderung, dass der Anhänger nicht mehr als 3,5 t zGM aufweisen darf. Zuvor war ein Anhänger genannt, der nicht unter die Kl. B allein subsumiert werden konnte.

### Klasse C1 /C1E

Bei den Klassen hat sich relativ wenig geändert. Wichtig auch, dass die Kl. AM ausgenommen ist, in Abs. 3 aber die Kl. B die Kl. AM einschließt und über § 9 FeV die Klasse B Voraussetzung für die Kl. C 1 bzw. C ist. Bei der Anhängerregelung (C1E) ist es ähnlich wie bei der Kl. BE, denn die Forderung, dass die zulässige Gesamtmasse des Anhängers das Leergewicht des Zugfahrzeugs nicht überschreiten darf, fällt weg. Insgesamt gilt die Grenze von 12.000 kg zGM für die Kl. C1E. Für ein Zugfahrzeug der Kl. B und ein Anhänger, der über der 3500 kg zGM-Grenze liegt, ist für Neueinsteiger ab 19.01.2013 die Kl. C1E erforderlich.

### Klasse C/CE

Bis auf die Ausnahme der Kl. AM (siehe B und C1) hat sich nichts geändert.

### Klasse D1 / D1E

Ebenfalls genannt die Ausnahme der Kl. AM, aber die Voraussetzung der Kl. B, wenn man die Kl. D1 erwerben möchte. Wichtiger die Regelung der Personenmitnahme. War bisher die Rede von Sitzplätzen, geht es nun um die Beförderung von Personen allgemein, was auch Stehplätze bedeutet. Außerdem darf das Kraftfahrzeug nicht länger als 8 m sein. Bezogen auf den Anhänger ist bei der Kl. D1E ausgesagt, dass der Anhänger lediglich mehr als 750 kg zGM aufweisen muss, zuvor durfte die Kombination nicht mehr als 12.000 kg zGM aufweisen.

### Klasse D/DE

Wieder der Hinweis auf die Kl. AM (s. B, C1, D1) und bezogen auf die Personen,

spielt nicht mehr nur die Anzahl der Sitzplätze eine Rolle, auch Stehplätze fallen darunter.

### Klasse L

Hier gab es schon eine Änderung durch die 7. Änderungsverordnung. Zunächst für landwirtschaftliche Zugmaschinen, die bisher, wenn sie nicht mit Anhänger gezogen wurden, nur eine durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit von 32 km/h aufweisen durften. Nun sind dies 40 km/h, wohlgermerkt nur ohne Anhänger; hier bleibt es dabei, dass dann nicht schneller als mit 25 km/h gefahren werden darf. Zusätzlich sind nun auch selbstfahrende Futtermischwagen aufgeführt, da diese nicht unter die selbstfahrenden Arbeitsmaschinen subsumiert werden können.

### Klasse T

Mit der 7. Verordnung zur Änderung ... wurden selbstfahrende Futtermischwagen mit in die Klasse aufgenommen. Sie sind keine reinen selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und werden deshalb neben den Selbstfahrenden Arbeitsmaschinen genannt.

### Land- oder forstwirtschaftlicher Zweck (Abs. 5)

In Abs. 5 wird die Jagd mit aufgenommen, so dass im Rahmen des Fahrerlaubnisrechts zur Land- und Forstwirtschaft auch dies neben vielen anderen Bereichen mit dazu zählt.

### Besitzstände, Fahrerlaubnisse alten Rechts:

§ 6 Abs. 6 FeV behandelt den Besitzstand. Mit der 8. Verordnung zur Änderung ... wird diese Bestimmung wesentlich anders formuliert. Fahrerlaubnisse, die bis zum Ablauf des 18. Januar 2013 erteilt worden sind (Fahrerlaubnisse alten Rechts) bleiben im Umfang der bisherigen Berechtigung, wie er sich aus der Anlage 3 ergibt, bestehen und erstrecken sich vorbehaltlich der Bestimmungen in § 76 auf den Umfang der ab dem 19. Januar 2013 geltenden Fahrerlaubnisse nach Absatz 1. Auf Antrag wird Inhabern von Fahrerlaubnissen alten Rechts ein neuer Führerschein mit Umstellung auf die neuen Fahrerlaubnisklassen entsprechend Satz 1 ausfertigt.“

Folge für die Praxis: Fahrerlaubnisse, die bis zum 18.01.2013 erteilt wurden, dürfen vorbehaltlich des § 76 FeV weiter genutzt werden, dies nicht nur im bisherigen Umfang. Das was die Klasse nach neuer Beschreibung mitbringt, darf auch der „Altbesitzer“ nutzen. Erleichternd wird dabei, dass ein Blick in die Anlage 3, die

für die Umstellung der Fahrerlaubnis von Bedeutung ist, die Lösung bringt. Es darf das genutzt werden, was man bei einer Umstellung erhält. Dafür musste die Anlage 9 mit etlichen neuen Schlüsselnummern erweitert werden. Fahrerlaubnisse, die ab dem 19.01.2013 erteilt werden, haben nur den genannten Umfang. Die Klasse B ab diesem Zeitpunkt erlaubt nicht mehr das Führen von Dreirädern, die in die neuen Klassen A, A 2 und A 1 fallen.

### § 24 a, Gültigkeit von Führerscheinen

Diese Bestimmung wird neu eingefügt. Die Gültigkeit von Führerscheinen (nicht Fahrerlaubnissen) wird auf maximal 15 Jahre befristet. Regelungen aus § 23 FeV, die sich mit der Geltungsdauer von Fahrerlaubnissen beschäftigt, bleiben davon unberührt. Eingetragen wird dies zukünftig auf der Vorderseite des Führerscheins in Feld 4b. Bisher war dieses Feld frei. Führerscheine, die vor dem 19.01.2013 ausgestellt wurden, sind spätestens bis zum 19.01.2033 umzutauschen. Führt man ohne Fahrerlaubnis, wenn das Gültigkeitsdatum abgelaufen ist? Nein.

**§ 25 Abs. 3a FeV formuliert:** „Ist die Gültigkeit des Führerscheins abgelaufen, hat der Inhaber einen neuen Führerschein zu beantragen, es sei denn, er verzichtet auf die Fahrerlaubnis. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.“ § 4 Abs. 2 FeV verlangt nun einen gültigen Führerschein. Ist dieser nicht mehr gültig (weil abgelaufen) verstößt die Person gg. § 4 Abs. 2 FeV und handelt somit ordnungswidrig im Sinne des § 75 Nr. 4 FeV. In der Begründung zur Änderung des § 24 a FeV wird ausgeführt, dass die Befristung der Dokumente keine Auswirkungen auf die Geltungsdauer der zugrunde liegenden Fahrerlaubnis hat.<sup>5</sup>

### § 76 FeV, Übergangsrecht

Hier gibt es auch Änderungen. Zunächst wird bei Kl. A 1 festgehalten, dass die bisher unter diese Klasse fallenden LKR auch weiterhin darunter fallen, sodass das Verhältnis Leistung / Leergewicht nicht die entscheidende Rolle spielt, wenn das Fahrzeug erstmals bis zum 18.01.2013 in Verkehr kam. Zur Klasse A wird formuliert, dass Inhaber einer Fahrerlaubnis der Klasse A (beschränkt) nach § 6 Absatz 2 dieser Verordnung in der bis zum 18. Januar 2013 geltenden Fassung auch Krafträder der Klasse A2 und nach Ablauf von zwei Jahren nach der Erteilung Krafträder der Klasse A führen dürfen. Somit wird auch hier die Nutzungsmöglichkeit ausgeweitet. In Nr. 8 wird die Kl. M in die Kl. AM geändert. Ferner wird Buchstabe b dieser Nr. gestrichen. Dies waren bestimmte Zweiräder, die vor dem 01.01.1957 in erstmal in Verkehr kamen.



## VERKEHRSRECHT

Weitere Änderungen zu den FE-Klassen wurden in § 76 FeV nicht vorgenommen.

### § 15 FeV, Fahrerlaubnisprüfungen

Auch wenn es für die polizeiliche Kontrollpraxis nicht von wesentlicher Bedeutung ist, sollte noch auf § 15 FeV, Fahrerlaubnisprüfung, hingewiesen werden. Darin wird ausgesagt, dass der/die, der/die von der Kl. A1 auf die Kl. A2 umsteigen möchte oder von der Kl. A2 auf die Klasse A nur eine praktische Prüfung ablegen muss, sofern man die „tiefere“ Fahrerlaubnis mindestens zwei Jahre besaß. Auch wird der Einstieg auf die Kl. A 2 für Kl. B bzw. Kl. 3-Besitzer erleichtert, wenn sie diese Klasse vor dem 01.04.1980 erworben hatten (diese Klasse berechtigt zum Führen von Leichtkrafträdern, Kl. A1, wenn diese vor dem Datum ausgestellt wurde). Es ist nur eine entsprechende praktische Prüfung erforderlich.

### Kurzes Resümee:

Auf den ersten Blick scheint das Fahrerlaubnisrecht komplizierter zu werden. Diese Meinung kann man teilen, weil für den Neuerwerber Einschränkungen bzw. Erweiterungen vorgenommen werden, so wie sie in den Ausführungen beschrieben wurden. Durch die Änderung des § 6 Abs. 6 FeV kann es jedoch insofern einfacher werden, wenn man die Anlage 3 und 9 FeV bei der Kontrolle mit zu Rate zieht. Dies war vorher nicht möglich und der Umfang der alten Klassen 1-5 musste der Kontrollierende kennen. Dies schadet jetzt zwar nicht, durch die Anwendung der beiden Anlagen hat man jedoch ein Stück Sicherheit in der Hand.

*Ewald Ternig, Dozent für VR/VL an der FHöV – FB-Pol.- Rhld.-Pf.*

### Fußnoten:

1 BGBl. I, 2011, S. 3 ff, 2 BGBl. I, 2012, S. 1394 ff, 3 BR-Drucksache 683/12, [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de), 4 BR-Drucksache 660/10, S. 51, 5 BR-Drucksache 683/12, S. 56



**Anlage 3 (zu § 6 Absatz 6 und 7) – zu Fahrerlaubnissen alten Rechts und Umtausch von Führerscheinen nach bisherigen Mustern**

**Anlage 9 (zu § 25 Absatz 3) – Verwendung von Schlüsselzahlen für Eintragungen in den Führerschein**



## SAMMLERBÖRSE

### Internationale Sammler- und Tauschbörse für Uniformteile der Polizei und Feuerwehr

#### Wann?

Sonntag, den 24.3.2013

#### Wo?

Polizeiunterkunft Berlin-Schulzendorf, Ruppiner Chaussee 268, 13503 Berlin

• Gästehaus der Polizei – [www.gaestehaus-der-polizei.de](http://www.gaestehaus-der-polizei.de)

#### Kosten?

freier Eintritt, Parkplätze sind ausreichend vorhanden

#### Einlass?

9-14 Uhr, am Vorabend (23.3.13) findet ab ca. 18 Uhr ein Sammlerstammtisch in der gleichen Unterkunft statt.

#### Rückfragen?

Andreas Skala / [g.a.skala@t-online.de](mailto:g.a.skala@t-online.de)

## POLIZEI & SPORT

### 19. Internationale offene Polizei-Skimeisterschaften

Zu den 19. Internationalen offenen Polizei-Skimeisterschaften lädt die beim GDP-Landesbezirk Bayern beheimatete „Gewerkschaft der Polizei Service GmbH“ alpine und nordische Skisportler sowie deren Betreuer und Zuschauer ins hoffentlich verschneite Bayern nach Osterschwang ins Allgäu ein. Die Wettbewerbe werden dort zwischen dem 15. und 17. März 2013 ausgetragen.

Interessierte Sportler können sich bis spätestens zum 3. März 2013 anmelden. Das Anmeldeformular ist abrufbar unter: [www.gdp-servicegmbh.de](http://www.gdp-servicegmbh.de) – das ausgefüllte Anmeldeformular kann per Fax an die Nummer: 089/57 83 88 21 versendet werden oder an die E-Mail-Adresse [info@gdp-servicegmbh.de](mailto:info@gdp-servicegmbh.de)

Veranstalter Alexander Baschek, Geschäftsführer der „Gewerkschaft der Polizei Service GmbH“, freut sich – wie in den letzten Jahren – auf erneut viele



Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland als Teilnehmer zu dieser außergewöhnlichen Sportveranstaltung. Im letzten Jahr, so Baschek, nahmen Polizeibeamtinnen und -beamte aus vielen Bundesländern Deutschlands sowie der Schweiz, Österreichs, Italiens, Liechtensteins, Großbritanniens, der Slowakei, Tschechiens und Polens teil. *MiZi*



**Weitere Infos zu den Polizei-Skimeisterschaften**



## Angemerkt

Was wünschen wir uns zum neuen Jahr? Vor allem Gesundheit. Ohne Gesundheit ist (fast) alles nichts. Während Gesundheit für jüngere Menschen meistens eine Selbstverständlichkeit ist, wird Gesundheit für Ältere zu einem Wert, der mit Gold nicht aufgewogen werden kann.

Krankheit dagegen ist für andere eine Goldgrube. Im „Gesundheitsmarkt Deutschland“ werden rd. 300 Milliarden Euro jedes Jahr umgesetzt, in etwa die Höhe des Haushalts der Bundesrepublik. Könnte es sein, dass deswegen die Gesellschaft gar nicht gesund werden/sein soll? Brauchen wir eine kranke Gesellschaft, weil sonst „der Markt“ zusammenbricht?

In diesem lukrativen Markt hat sich in den letzten Jahren viel geändert. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen für Medikamente steigen trotz Rabattverträge im Wesentlichen ungebremst. Im Jahr 2009 gaben die gesetzlichen Krankenkassen im Zuge der ambulanten Versorgung über 30 Milliarden Euro für Arzneimittel aus, 2001 waren es noch 21,3 Milliarden Euro, ein Zuwachs von fast 9 Milliarden Euro in nur 9 Jahren. (Quelle: Transparency International Deutschland e.V., 28.3.2012) Hinzu kämen noch einmal etwa 2,2 Milliarden Euro Ausgaben der Privaten Krankenversicherungen plus Beihilfeanteile!

Krankenkassenwettbewerb, Privatisierung von Krankenhäusern, Rabattverträge, integrierte Versorgungsverträge sind Stichworte. Medizinische Versorgungszentren als Portalkliniken von Aktiengesellschaften und andere neue Versorgungsformen (z. B. individuelle Gesundheitsleistungen, kurz: Igel) sind Ausdruck eines marktwirtschaftlichen Umbaus des bisher sozialrechtlich geregelten Gesundheitswesens. Diese Umwandlung zum „Gesundheitsmarkt“ hat bewirkt, dass neue Strukturen und Verträge der Geheimhaltung als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unterliegen.

In der Bundestagsdrucksache 17/3685



Anton Wiemers

vom 10.11.2010, Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“, ist nachzulesen: „Durch Korruption, Abrechnungsbetrug und Falschabrechnung gehen der gesetzlichen Krankenversicherung jedes Jahr erhebliche Summen an Versichertengeldern verloren.“ Experten des European Healthcare Fraud and Corruption Network schätzen, dass jedes Jahr ein Betrag von ca. 14,5 Milliarden Euro durch Korruption und Fehlverhalten im Gesundheitswesen verloren geht.

Neben dem materiellen Schaden weisen Gesundheitsdelikte auch eine enorme Sozialschädlichkeit auf, da diese Kosten auf das Gesundheitswesens abgewälzt werden. Dass darüber der Staat „in die Knie“ gehen kann, ist nachvollziehbar.

Ein weiterer Aspekt: Überall, wo „Geld gemacht“ werden kann, gibt es auch Kriminalität, im Gesundheitsbereich u.a. bei der Fälschung von Arzneimitteln. werden gefälscht. Die Bandbreite erstreckt sich von Lifestyle-Produkten über Antibiotika, Entzündungshemmer und Hustenmittel bis hin zu HIV-Präparaten. In diesem boomenden Markt kann mehr verdient werden als im Drogenbereich. Der illegale Handel mit gefälschten Arzneimitteln über das Internet hat deutlich zugenommen. Damit erhöht sich die Gefahr, dass Verbraucher unwissentlich Arzneimittel einnehmen, die zu schweren gesundheitlichen Schäden bis hin zum Tod führen können. Zur Vertiefung des Themas empfehle ich den Band 36 der BKA-Reihe Polizei + Forschung „Arzneimittelkriminalität – ein Wachstumsmarkt?“

Einen deutlichen Trend zeigt auch die EU-Zollstatistik 2010. In insgesamt ca. 1.800 Beschlagnahmungenfällen an den EU-Außengrenzen wurden rund 3,2 Millionen gefälschte Arzneimittel aufgegriffen, deren Originalwert vom Zoll mit rund 26,6 Millionen Euro beziffert wird. Die Dunkelziffer liegt deutlich höher.

Und noch etwas: Im WDR-Fernsehbeitrag von Meike Hemschemeier „Killerbrut – Die verschwiegene Katastrophe“ vom 24. August 2009 wird dargestellt: „Deutsche Ärzte gehen nicht gern ins Krankenhaus, und sie wissen auch, warum. Jedes Jahr infizieren sich in deutschen Kliniken bis zu 1,5 Millionen der jährlich 12 Millionen Patienten mit Bakterien. Bis zu 40.000 Menschen sterben daran – Jahr für Jahr. Das sind weit mehr

Tote, als hierzulande dem Straßenverkehr zum Opfer fallen, mehr als an Aids oder jeder anderen meldepflichtigen Infektionskrankheit sterben. (1991 starben 11.300 Menschen bei Verkehrsunfällen, 2011 noch 3991). Die Autorin geht den Ursachen der hygienischen Katastrophe nach: Verantwortungsloser Umgang mit Antibiotika, Schlendrian in Kliniken, Vertuschung, Ignoranz und der fehlende politische Wille auf Bundes- und Länderebene, die desaströsen Zustände zu ändern.“

„Schwerkranke Patienten sind durch die ganz normalen Alltagskeime besonders gefährdet“, sagt der Hygiene-Experte Privatdozent Roland Schulze-Röbbecke von der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität. Patienten aus Deutschland gelten in Nachbarstaaten als „Hochrisikopatienten“. In niederländischen Kliniken kommt jeder, der kurz zuvor in einer deutschen Klinik behandelt worden ist, sofort in Quarantäne. Dies, um zu überprüfen, ob er gefährliche Keime einschleppt.

Wünschenswert wäre:

1. im Gesundheitswesen als Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge muss Transparenz als Geschäftsprinzip eingeführt werden.
2. der Herstellungs- und Vertriebsweg der Medikamente bis zum Patienten muss lückenlos nachweisbar sein.
3. es muss alles getan werden, dass Menschen lange gesund bleiben

Wir wissen, dass viele Ärzte auf der Basis eines soliden Vertrauensverhältnisses den Menschen helfen, gesund zu werden und gesund zu bleiben. Und wir sollten berücksichtigen, dass 80 Prozent der über 60-Jährigen gesund sind! Im Grunde muss eine Umkehrung erfolgen: Gesundheitspflege und Gesundheitserhalt müssen belohnt werden, Gesundheit muss der Wachstumsmarkt der Zukunft sein!

Zu tun wäre:

Es gilt, durch gezielte Vorsorge die Gesundheit zu erhalten z. B. durch Bewegung und richtige Ernährung. Diesen unseren Gold-Schatz „Gesundheit“ sollten wir sichern. Denn ohne Gesundheit ist fast alles nichts.

Anton Wiemers  
Bundesseniorenvorsitzender



## 12. Bundessenorenreise ging ins bulgarische Obzor ans Schwarze Meer

In der zweiten Septemberhälfte 2012 führte uns die Bundessenorenreise nach Bulgarien. Im 4-Sterne-Hotel „Miramar“ in Obzor am Schwarzen Meer fanden weit über 300 Senioren/innen eine gute Unterbringung. Die Rundum-Betreuung, eine



Foto: Klaus Kulick

große Poolanlage und der direkte Zugang zum Meer ließen trotz anfänglich teilweise durchwachsenem Wetter kaum Wünsche offen, sodass es keine Klagen gab. Wie in jedem Jahr war es eine logistische Meisterleistung, die Anreise aus ganz Deutschland zu organisieren. Dafür ein dickes Lob an die GdP-Service GmbH NRW.

Erstmals hatten die Senioren die Möglichkeit, vor dem Badeurlaub am Meer im Rahmen einer einwöchigen Rundreise Land und Leute näher kennen zu lernen. Rund zehn Prozent aller Teilnehmer machte von diesem Angebot Gebrauch.

Nachdem es im Vorjahr zu Klagen wegen der fehlenden GdP-Betreuung gekommen war, hatte der Geschäftsführende Bundesvorstand insofern darauf reagiert, sodass die Reisenden vor Ort durch die Kollegen Horst Müller, Gewerkschaftssekretär, Anton Wiemers, Bundessenorenvorsitzender, und Klaus Kulick, Landessenorenvorsitzender Berlin, betreut wurden.

Als unverzichtbar stellte sich die Begleitung durch einen Sekretär, der das interne Detailwissen unserer Gewerkschaftsarbeit auf dem aktuellen Stand hat, dar. Das positive Echo zeigte deutlich, dass künftig auf eine derartige Betreuung nicht verzichtet werden kann und darf. Es war wichtig, dass diese Reise wieder als eine GdP-Bundessenorenreise wahrgenommen wurde. Wir konnten in den Gesprächen immer wieder feststellen, wie wichtig dies unseren Kolleginnen und Kollegen war und ist.

Dazu trug auch ein Vortrag von Horst Müller zum Thema „Die Älteren – Versorgungslast?“ bei. Etwa jeder fünfte Reisetilnehmer ließ sich dieses Referat nicht ent-

gehen. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, dass wir ruhig noch weitere Sachthemen behandeln sollten. Für viele Teilnehmer/innen, insbesondere aus Flächenländern, eine der seltenen Möglichkeiten zu Kontakten mit Funktionsträgern ihrer Gewerkschaft.

Manchmal sind es nur die Fragen nach ehemaligen Funktionären, überwiegend aber zu Sachthemen und Hintergründen, warum der Vorstand so oder so entschieden hat.

Die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Reiseservice ließ uns auch die schwereren Probleme lösen. Die angebotenen Ausflüge waren eine willkommene Abwechslung im Badeurlaub, wobei insbesondere der Ausflug nach Nessebar und ins Königszelt „Hanska Schatra“ als ein absoluter Höhepunkt bezeichnet werden muss. Ein Rundgang durch die Altstadt von Nessebar (UNESCO-Weltkulturerbe) hätte für viele ruhig länger sein können.

Essen wie ein bulgarischer König hieß es anschließend im Königszelt. Dazu gab es ein sensationelles Showprogramm, das voller Musik, Tanz und Komik war. Dieses

Programm konnte sich ohne Schwierigkeiten mit internationalen Showprogrammen messen.

Danach durfte, wer wollte, das Tanzbein schwingen, bevor es um Mitternacht wieder zum Hotel ging.

Auch die anderen angebotenen Ausflüge wurden gerne angenommen. Man hatte immer wieder Freude an der Freundlichkeit der Einheimischen, die, obwohl sie in bescheidenen Verhältnissen leben, aufgeschlossen und herzlich auf uns zukamen.

Ob eine Bootstour auf dem Kamtschia-Fluss, eine Eselkutschfahrt oder Folkloredarbietungen, es machte einfach Spaß.

Mit dem Verkauf der Tombola-Lose zum Preis von einem Euro kam eine vierstellige Summe zusammen, die wie auf jeder Bundessenorenreise von Anton Wiemers dem Hoteldirektor als Trinkgeld für das Personal übergeben werden konnte.

Ein weiterer Höhepunkt war der diesjährige Galaabend, der wie immer kurz vor der Abreise der ersten Teilnehmer stattfand. Ein buntes Showprogramm wurde gekrönt von einer halbstündigen Gesangsdarbietung dreier Tenöre, die unsere Senioren jubeln ließen. Zugabe war das meist gehörte Wort bei dieser Veranstaltung.

Aber auch unsere Senioren/innen ließen sich etwas einfallen. Bevor das Showprogramm begann, hatten wir einen Auftritt unserer Volleyballer/innen, die ein Loblied auf die GdP und die Bundessenorenreisen nach der Melodie „Bolle reiste ...“ vortrugen. Der Text stammte von dem Reisetilnehmer Siggie Heck.

Leider hat auch alles Schöne einmal ein Ende und die Heimreise musste angetreten werden. Alle freuen sich auf das Wiedersehen im nächsten Jahr in Andalusien.

Klaus Kulick

### GdP-Senioren reisen 2013 nach Andalusien

Ab in den Süden: Die 13. Bundessenorenfahrt der Gewerkschaft der Polizei führt im Spätsommer 2013 in die romantischen Gefilde Andalusiens, an die berühmte Costa de la Luz – bekannt als „Küste des Lichts“. Reisende erwartet die perfekte Kombination aus Sonne, Strand und Meer, eindrucksvollen Landschaften, uralten Traditionen und herzlicher Gastfreundschaft. Und das vierzehn Tage lang im Wohlfühl-Ambiente und Service des 4-Sterne-Hotels Valentin Sancti Petri, gelegen in einer beliebten Urlaubszone mit einem schönen, kilometerlangen, von Dünen umsäumten Sandstrand. Das im Kolonialstil errichtete Hotel bietet zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Wer sich richtig verwöhnen lassen will, findet zudem im Vital-Spa-Center das passende Angebot. Auch lädt das landschaftlich schöne Umland zu zahlreichen attraktiven Ausflügen ein. Weiterhin kann eine achttägige Andalusien-Rundtour mit zahlreichen Höhepunkten gebucht werden.

Wer jetzt – verständlicherweise – schon in Gedanken die Koffer packt, bekommt weitere wichtige Informationen zur 13. GdP-Bundessenorenfahrt von der GdP-Service GmbH NRW unter der Telefonnummer: 0211-29101-44/-45/-64 oder im Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de).

MiZi



## Strafprozessrecht für Polizeibeamte

Das Strafprozessrecht unterliegt einem ständigen Anpassungsprozess. Der Einsatz neuer Technologien bei der Straftatenbegehung sowie bei den Ermittlungen, der europäische Integrationsprozess und die Stärkung der Opfer- und Verteidigerrechte stellen strafprozessrechtlich eine besondere Herausforderung dar. Sowohl in der polizeilichen Ausbildung wie auch in der polizeilichen Praxis gilt es, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, ohne die Übersicht über die komplexe Materie zu verlieren. Eine wertvolle Hilfe hat hier Dr. Holger Nimtz mit seiner kompakten und praxisnahen Darstellung „Strafprozessrecht für Polizeibeamte“ vorgelegt. Durch seine Tätigkeiten als Staatsanwalt und Kriminalbeamter ist er mit allen Facetten der Thematik vertraut. Der Leser profitiert zudem von den Kenntnissen und Erfahrungen des Autors als Hochschuldozent, die sich hier erkennbar in dem geschickten Aufbau des Buches und der Didaktik und Methodik niederschlagen.



Eingeleitet wird das Buch mit einer allgemeinen Einführung, um sich anschließend in gebotener Kürze mit dem Gang des Strafverfahrens auseinanderzusetzen. In einem erweiterten Überblick werden in chronologischer Reihenfolge die wesentlichen Verfahrensstadien erläutert. Abschließend erfolgt die Darstellung der Eingriffsbefugnisse im Ermittlungsverfahren. Den Erläuterungen der Befugnisse sind schematische Darstellungen nebst Definitionen vorangestellt. Dies gewährleistet einen schnellen Überblick und gibt Orientierung für die juristische Prüfung strafprozessualer Maßnahmen. Die zahlreichen Vertiefungshinweise erleichtern zudem das Selbststudium und sind Hilfen für Seminar-, Projekt- und Thesearbeiten des Studierenden wie auch für die tägliche Arbeit des interessierten Polizeipraktikers.

**Strafprozessrecht für Polizeibeamte, Gang des Strafverfahrens, Eingriffsbefugnisse, Dr. Holger Nimtz, VDP, 1. Auflage 2012, 288 Seiten, Format 16,5 x 24 cm, Broschur, 24,90 EURO, 33,50 sFr., ISBN 978-3-8011-0682-9**

## Bundespolizeigesetz - Kommentar

Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des

Bundes befasst sind. Das Werk wurde für die nunmehr 5. Auflage von den Autoren komplett überarbeitet und aktualisiert. Dabei orientieren sie sich in Aufbau und Inhalt an den Voraufgaben, die maßgeblich durch Professor Dietrich Heesen, der zugleich eine der herausragenden Persönlichkeiten des damaligen Bundesgrenzschutzes war, mitgeprägt wurden. Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.

Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert.

**Bundespolizeigesetz – Kommentar, Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz - Gesetz über den unmittelbaren Zwang, Dietrich Heesen, Jürgen Hönle, Helgo Martens, Andreas Peilert, VDP, 5. Auflage 2012, 1.496 Seiten, DIN A 5, Hardcover, 79,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0590-7**



Nr. 2 • 62. Jahrgang 2013 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG**  
**DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
177.670 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto und Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Ganz legal viel Steuern sparen!



## Steuerfibel 2012/2013 für den Polizeibereich

Das Steuersparbuch für alle  
Polizeiangehörigen/Sicherheits-  
bereich

Hrsg. von **Helge Höck**.

33. überarb. Auflage 2012/2013,  
268 Seiten, DIN A 5, Broschur

**10,15 EUR**



## Steuerbookware für den Polizeibereich\*)

Steuer-Software mit Steuerbe-  
rechnungsprogramm plus Steuer-  
fibel für den Polizeibereich.

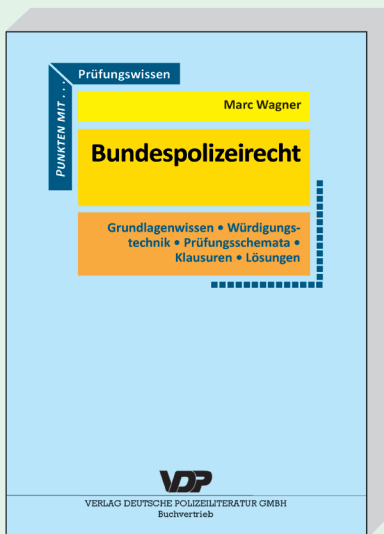
**19,80 EUR**

CD-ROM für Betriebssysteme  
Windows 2000/XP/Vista/7.

\*) Nur erhältlich im Paket mit der Steuerfibel  
2011/2012

Speziell und punktgenau auf die Probleme zugeschnitten, mit denen  
Polizeiangehörige häufig konfrontiert werden, ist die Steuerfibel die  
Steuerhilfe für die Erstellung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und  
der Einkommensteuererklärung. Immer auf dem neuesten Stand der  
Steuergesetzgebung.

# Prüfungswissen Bundespolizei



## Prüfungswissen Bundespolizeirecht

Grundlagenwissen • Würdigungstechnik • Prüfungsschemata • Klausuren  
• Lösungen

Von **Marc Wagner**.

1. Auflage 2012, 144 Seiten, Format 16,5 x 24 cm, Broschur

ISBN 978-3-8011-0674-4

19,90 € [D].

Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert  
nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherr-  
schung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift  
maßgeblichen Darstellungsform.

Bereits in „Zwischenetappen“, den Modul- und Zwischenprüfungen, gilt es mindes-  
tens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang von Ausbildung und Studium

garantiert. Die Fallsammlung Bundespolizeirecht richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahnen des mittleren  
und gehobenen Polizeivollzugsdiensts in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei- und Vollstreckungsrecht mit  
Erfolg absolvieren wollen.

### Der Autor:

*Prof. Dr. Marc Wagner*, Dozent an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



# Aufladbares Kraftpaket mit revolutionärem Lichtvolumen

LED LENSER® M7R X



- Wiederaufladbar
  - 600 Lumen\*
  - 235 m\* Leuchtweite
  - 8,5 h\*\* Leuchtdauer
  - Advanced Focus System (AFS)
- Homogener Lichtkreis (defokussiert)  
Scharf gebündeltes Fernlicht (fokussiert)  
Art.- Nr. 8307-RX



\* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der hellsten Einstellung beim Einschalten mit einem vollständig aufgeladenen Akku. Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Akku um +/- 15 % abweichen können.

\*\* Durchschnittliche Leuchtdauer der niedrigsten Stufe bis zu einem Lichtstrom von 1 Lumen.